

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abo-Preis ist der tägl. Unterhaltungsbeitrag Leben, Willen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Beiträgen monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzählig. Nr. 275, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 6. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Br. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Br. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusatzpreis werden die eingepackte Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Zusätze müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 157.

Dresden, Donnerstag den 10. Juli 1913.

24. Jahrg.

Das bedrängte Bulgarien.

In den letzten zwei Tagen hat sich die Kriegslage für die Bulgaren außerordentlich verschlechtert. Nicht nur verlorenen die bulgarischen Armeen zu ihren ersten Erfolgen nicht die erhofften entscheidenden Siege zu gewinnen, sie sind vielmehr auf allen Kriegsschauplätzen nicht imstande, sich auch nur defensiv gegen die vorrückenden Serben und Griechen zu halten. Auf dem Centralgebiet der Kämpfe, östlich von Pleß, sind die Serben mit Brust vorgestoßen und haben Istip erobert. Am Mittwoch kam es zu neuen äußerst heftigen Kämpfen vor Răsădiș, welche Stadt bereits auf bulgarischem Gebiet liegt. Diese Kämpfe sind noch nicht entschieden, aber die Serben sind die Angreifer und es scheint, als ob die Bulgaren trotz hohen Widerstandes nicht imstande sind, sie zurückzuwerfen. Seitens der Serben in diesen Kämpfen siegreich, so ist die bulgarische Frontlinie im Zentrum zerstört und der Krieg so gut wie entschieden. Auch im Norden, an der alten serbisch-bulgarischen Grenze, sind die Vorstöße der Bulgaren zum Einstand gekommen, die Serben haben verschiedene verlorene Positionen wieder zurückerobered. Und vom Süden her treiben die Griechen unverzüglich die bulgarischen Truppen des Generals Iwanow vor sich her. Sie haben bereits die Strumabündse eingenommen.

Falls Bulgarien nicht in der Lage ist, mit Beschränkung starke Reserven in die Kampfslinien zu werfen, so wird es auf eine Wendung des Kriegsganges kaum mehr rechnen können. In der jetzigen Situation, die sich sehr ungünstig gestaltet hat, ist es aber höchste Zeit, daß die bulgarische Regierung sich zu dem Entschluß aufstellt, mit Rumänien ins reine zu gelangen. Jeder Tag, an dem die rumänische Mobilisierung fortschreitet, gefährdet die Lage Bulgariens gefährlicher. Denn wenn auch mit den serbisch-griechischen Erfolgen der eigentliche Grund der rumänischen Kriegsvorbereitungen — Verhinderung einer bulgarischen Vorrückung auf dem Balkan — fortfällt, so ist doch nicht zu begreifen, daß die rumänische Regierung, gebrängt auch von den einmal aufgezeigten Leidenschaften der Bevölkerung, ihre Anstrengungen bezüglich Erwerb eines Teiles des bulgarischen Tonnenlands steigern wird.

Zusätzlich befunden auch bereits die Stantomänner in Sofia ihre Friedenssicht. Sie haben eine Befehlsnote an die Mächte ergehen lassen, in der sie ihre Bereitschaft erklären, auf der Basis des Balkanbundesvertrags zu verhandeln, um eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Es ist aber klar, daß Serbien und Griechenland, wenn der Krieg weiter zu ihren Gunsten verläuft, nicht daran denken, auf der Basis des alten Vertrags zu verhandeln. Sie erläutern diesen Vertrag durch den Ausdruck des Krieges für erledigt. Auch soll bereits eine Proklamation ergangen sein, durch die die Einverleibung des strittigen Gebiete Mazedoniens in Serbien und Griechenland verhindert wird.

Die Kämpfe bei Istip und Răsădiș.

Belgrad, 9. Juli.

Noch schützigem erbittertem Kampfe an den Ufern der Treska haben gestern vormitig die Serben, wie schon gemeldet, Istip eingenommen. Die geschlagenen und zersprengte bulgarische Armeen flüchten südwärts, verfolgt von den serbischen Truppen, insbesondere der Kavallerie. Der rechte bulgarische Flügel wurde mit groen Verlusten nahezu vierzig Kilometer von der Bosna des ersten Kampftages gegen Jaroslaw abgeworfen, der linke Flügel von seiner Basis Kriva-Palava abgebrängt, so daß jetzt die Gefahr besteht, daß er von den vereinigten serbischen und griechischen Armeen umzingelt wird. Infolge des serbischen Sieges bei Krissowat und Ilija ist die Situation der bulgarischen Hauptarmee unter General Stalts Dimitriev sehr kritisch.

Belgrad, 9. Juli.

Bei Răsădiș wird heftig gekämpft. Die Serben wurden mehrmals zurückgeworfen, erneuerten aber immer wieder den Angriff. Hier erwartet man den baldigen Fall der Stadt. Die Bulgarische Korrespondenz meldet aus Pleß: „Die Situation der serbischen Armeen kann auf Grund der Angaben des Generals Stalts als günstig und als der bulgarischen Armeen überlegen bezeichnet werden. Auf das bestimmteste wird erklärt, daß die serbische Division nicht vernichtet und nicht zerstört und alle Details über große Zusammenstöße auf dem östlichen Frontabschnitt unrichtig sind. Auch die Moravadivision ist intakt. Die Opfer in den erbitterten Kämpfen sind zahlreich. Die Situation der bulgarischen Armeen ist sehr ungünstig. Augenblicklich 11.000 Bulgaren sind in den letzten Tagen gefallen. Jetzt wird gemeldet, daß die Armeen des Generals Stalts gegen die bulgarische Grenze geschlagen und schon die bulgarische Grenzstation Karibrod eingesommen hat.“

Bulgarianischer Schadbericht.

Sofia, 9. Juli. (Weiterung der Agence Bulgare.) Die bul-

garischen Truppen haben brutale sämliche Angriffe der serbischen Truppen auf den Heerzug Sultan-Tscha-Batajka unter enormen Verlusten der Serben zurückgeschlagen. Die Bulgaren machten sodann einen Gegenangriff und schlugen die Serben in die Flucht. Die bulgarischen Truppen verfolgten den Feind, der sich gegen Egg-Balaña zurückzog. Auch bei Răsădiș wurden die Serben mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen, ebenso auch die Angriffe des linken griechischen Flügels im Norden von Dolon. Im Osten am rechten Ufer der Struma operieren die griechischen Truppen schwach.

Der Vormarsch der Griechen.

Athen, 9. Juli. Der Kriegsminister gibt folgende Andachten bekannt: 1. Die griechischen Truppen haben gestern die Pässe von Belovitsa lebhaft angegriffen. Die Bulgaren leisteten starke Widerstand, wurden jedoch Schritt für Schritt zurückgedrängt. Sie hatten bereit einige Pässe genommen, als der Einbruch der Nacht den Kampf unterbrochen. 2. Untere Truppen verfolgten den Feind, der seinen Rückzug aus Petrich durch die Engen des Strumabüdes bewerkstelligt. Infanterieabteilungen haben vom Feinde mit Artillerie beschädigt. 3. Einige Pässe genommen, als der Einbruch der Nacht den Kampf unterbrochen. 4. Griechische Truppen, die von Doiton her auf Strumita vorrückten, näherten sich den Schanzengräben des Feindes in der Nacht bis auf 200 Meter. Ein heftiger Angriff bei Tagessanbruch zwang den Feind seine Stellungen unter großen Verlusten zu räumen, wobei er in hälftischer Flucht Gewehre und Munition sowie Ausrüstungsgegenstände fortwarf. Die griechischen Truppen setzten ihren Vormarsch fort und erreichten Rosturini, eine starke, hochgelegene Stellung von großer strategischer Bedeutung. Damit haben sich die Griechen zwischen die Kavalleriesabteilung des Generals Iwanow, die nach dem Plateau von Belica zurückgedrängt waren, und den linken Flügel der bulgarischen Hauptarmee geschoben.

Saloniki, 9. Juli. Hier deklariert, daß Operationen sowohl in der Richtung auf Strumita als auch gegen Demir-Kapı im Gang seien. Die griechische Flotte hat die Stellung der Bulgaren im Panagia beschossen, wodurch diese zerstört wurden, zurückzugehen.

Siegessfreude in Athen.

Athen, 9. Juli. Die erstaunlichen Nachrichten über fortlaufende gleiche Siege wurden überall mit großem Enthusiasmus begrüßt. Die in den letzten Tagen erwarteten Kämpfe auf der bulgarischen Rückflanke Dolon-Strumita sind trotz der Verstärkung der Bulgaren doch zugunsten der griechischen Waffen entschieden. Hier wurde heute bei Sonnenaufgang noch erobert um die Durchgangspässe bei Strumita gekämpft, nach den zuletzt eingelauften Telegrammen sind die Bulgaren aber bereits ganz aus diesen Positionen herausgetrieben und ziehen sich kämpfend in großer Unordnung und unter furchtbaren Verlusten gegen Norden zurück. Die Begeisterung und die Siegesfreude über diese neuen Erfolge sind groß.

Bulgarisches Friedensangebot.

Athen, 9. Juli. Das erstaunliche Dokument über fortlaufende gleiche Siege wurden überall mit großem Enthusiasmus begrüßt. Die in den letzten Tagen erwarteten Kämpfe auf der bulgarischen Rückflanke Dolon-Strumita sind trotz der Verstärkung der Bulgaren doch zugunsten der griechischen Waffen entschieden. Hier wurde heute bei Sonnenaufgang noch erobert um die Durchgangspässe bei Strumita gekämpft, nach den zuletzt eingelauften Telegrammen sind die Bulgaren aber bereits ganz aus diesen Positionen herausgetrieben und ziehen sich kämpfend in großer Unordnung und unter furchtbaren Verlusten gegen Norden zurück. Die Begeisterung und die Siegesfreude über diese neuen Erfolge sind groß.

Grenzel des Krieges.

Die griechische Regierung hat folgenden Protest an die Mächte gerichtet:

Noch den Massakern, welche von der bulgarischen Armee an den unbewaffneten Bauern und Frauen in Dobrudscha, Bulgarien, Griechenland und Umgebung verübt worden sind, teilen wir mit, daß die bulgarische Armee beim Rückzug über Dolon als Gefangene mitgenommen hat: den griechischen Bischof von Doiton, Monsignor Phocas, dreizig Notarbol und sämtliche Priester und Schullehrer der Region. Auch aus Kamala, Serres, Wanja und Strumica haben die Bulgaren zahlreiche Gefangene mitgeführt. Über das Schicksal dieser Leute sind wir sehr beunruhigt und befürchten, daß ihr Leben nicht gesichert werden wird. Außerdem ist festgestellt worden, daß die Bulgaren außer den gefangenen Geogenen, die mohammedanisch worden sind, auch einen großen Teil der serbischen Gefangenen ertränkt haben. Das wird auch durch entflohenen serbischen Soldaten und Offiziere bestätigt.

Es ist unbedingt notwendig, daß Griechenland deswegen bei den Großen Protokoll erhebt gegen diese Verletzung der internationalen Kriegsgebräuche, was die Gefangenen und die unbewaffnete Bevölkerung betrifft.

Die Kriegslage verschlechtert sich für die Bulgaren. Die Serben dringen bis Răsădiș auf bulgarischem Gebiet vor. Die Griechen zwingen die Feinde zu weiterem Rückzug.

König Ferdinand gibt den General-Gewinn preis und erucht Russland um Friedensvermittlung.

Die Nationalliberalen haben im Wahlkreis Saach-Belzig eine Stichwahlparole zugunsten des Herrn von Döring ausgegeben.

Audemard Berlin-Paris-Flug ist infolge einer unglücklichen Notlandung gescheitert.

Choleragefahr.

Athen, 9. Juli. Auf dem Gefangenentransportsschiff Sappho wurden im Piräus sieben Cholerafälle, darunter vier Todesfälle, unter den bulgarischen Soldaten festgestellt. Von den Behörden wurden die strengsten Maßnahmen gegen Weiterverbreitung der Krankheit getroffen. Der Minister des Innern hat eine Versammlung von Ärzten einberufen, um über die Vorkehrungen gegen die Choleragefahr zu beraten.

Wien, 9. Juli. Angesichts der Gefahr der Verbreitung des auf dem Balkan herrschenden Cholera durch gefangene bulgarische Soldaten sind noch Mittelungen von maßgebender Stelle seitens der Monarchie die notwendigen sanitären Abwehrmaßnahmen an den Grenzen gegen die Balkanstaaten in umfassender Weise getroffen worden.

Berlin, 9. Juli. Der bekannte Kriegsschirurg Dr. Walter v. Oettingen, der beim Kriege gegen die Türkei Cholera bei dem Roten Kreuz in Belgrad war, ist telegraphisch vom serbischen Kriegsministerium nach Belgrad berufen worden, da sich etwa 10.000 Verwundete bereits dort befinden.

Die neuen Steuern.

6. (Schluß.)

Stempelsteuer und Zisterneuer.

Gesah die Erweiterung der Reichskompetenz und die Einschränkung der Steuerhoheit der Einzelstaaten bei der Besteuerung gegen den Willen wenn nicht aller, so doch wenigstens einiger jetzt noch ganz verhüter Regierungen, so ging bei der Erhöhung der Stempelsteuer in schon die ursprüngliche Vorlage von der Absicht einer Vereinfachung des bisherigen Verfahrens aus. Da, so hieß es, dem Sinne nach in der Begründung, die Bildung des Gesellschaftskapitals und seine Erhöhung bei der Kapitalsozialisierung in der Form von Aktiengesellschaften und der dieser Form verwandten Gesellschaften sowie bei den gewerkschaftlich (durch Gewerbe) betriebenen Bergwerken bisher schon durch Reichsstempel getroffen wurden, Gesellschaftsbildungen in erweitertem Umfang auch nach den Stempelgesetzen verschiedener Einzelstaaten herangezogen werden, so haben sich in der Pariser Mainztagliche Abstimmung ergeben: trotz der einheitlichen reichsgepflichtigen Besteuerung der stempelpflichtigen Gesellschaften ergibt sich, da die Bundessteuergesetze erheblich untereinander abweichen, eine ganz ungleiche Belastung; dies erfordert es dem Reiche, solche Gesellschaften in einer seinen Bedürfnissen entsprechenden, zugleich aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigenden Weise angemessen heranzuziehen. Es erscheint hierauf erwünscht, die Gegenstand der Besteuerung künftig unter Ausschluß von Landestempeln dem Reiche ausschließlich vorzubehalten.“ War man nun erst einmal so weit, den Bundesstaaten die Besteuerung der Gesellschaftsverträge über Errichtung und Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaften und damit den weitauß wichtigen Teil dieses Besteuerungsgegenstandes zu nehmen, so ergab sich als eine der in der Politik mit Recht so beliebten Konsequenzen, daß „es sich empfiehlt, die Besteuerung auch der übrigen Gesellschaftsverträge auf das Reich zu übernehmen“. Also wurde, wie man sich drastischer ausdrücken pflegt, in einem Aufwachsen die Besteuerung durch das Reich auch auf die Gesellschaftsverträge der Gesellschaften mit beschränkter Haftung — die tatsächlich in immer steigendem Maße an die Stelle von Aktiengesellschaften treten — ausgedehnt. Man ging so in die Weite; warum sollte man nicht gleich auch ein wenig in die Tiefe bohren? Mit förmlicher Unbefangenheit sagt die Begründung: „Die Übernahme des Landestempels auf das Reich läßt es daher (aber!) gerechtfertigt erscheinen, bei diesem Anlaß für die künftige Besteuerung noch über die Höhe des Stempels hinauszugehen, der z. B. in Preußen bisher von diesen Gesellschaften erhoben worden ist.“

Röhner noch als diese „Begründung“, die doch im Grunde genommen auf die einfache Formel zusammenschrumpft: „Bei der Vergleichung und Kapitalerhöhung von Aktiengesellschaften ist Geld vorhanden, also nehmen wir etwas davon weg“, ist die Motivierung der vorgeschlagenen und leider auch Gesetz gewordenen Stempel auf Sicherungsurkunden (Sicherungstempel) wurden bisher in Deutschland schon in einzelnen Staaten erhoben; da sie verschieden bemessen waren, die Versicherungsgesellschaften aber ihren Geschäftsbetrieb

mehrere oder viele Einzelstaaten auszudehnen suchen müssten, so ergaben sich da manche unerwartete Nachteile. Bei der immer wachsenden Bedeutung der Versicherung in unserem modernen Leben, und bei der offensichtlichen Notwendigkeit, die Kräfte weit gelegener Kreise zu bestimmten Zwecken der Lebenssicherung und der gegenwärtigen Hilfe bei allen möglichen Gefälligkeiten des Lebens organisatorisch zusammenzufassen, wäre es eine wichtige staatsmännische Tat anzusehen, durch Reichsgesetz die einzelaussätzliche Stempel ganz aufzugeben; höchstens ließe sich eine geringe Abgabe für obligatorische Prüfung und Überwachung des Versicherungsgeschäfts vielleicht vorsezettigen, solange die Verhinderung selbst abgelehnt von der staatlichen Zwangsvorsetzung noch einen wesentlichen staatsmännischen Charakter trägt. Der Ansatz ist aber nie staatsmännisch. Er sieht dümmliche Weichtheit vor ihm, herangetrieben aus einer inneren Notwendigkeit unseres gesellschaftlichen Lebens, und greift zu, um Geld aus ihnen zu preisen, woher ihm die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Dinge mindestens recht gleichmäßig ist. Um das Ganze dann schwach zu machen, werden die vorher erwähnten Missstände, die sich aus der feuerlichen Kleinunternehmerie ergeben haben, mit großen Worten in den Vordergrund geschoben und die bedeutsamen Folgen einer materiellen Belastung notwendiger Geschäfte durch den Hinweis auf gewisse formale Verfehlungen verdeckt. Der Gesetzentwurf sieht für das ganze Reichsgebiet und für das ganze Versicherungsraum eine einheitliche Tragung vor, indem weder allgemein einzelaussätzliche Stempelabgaben zugelassen noch auch nur der einzelaussätzliche Gesetzesordnung für diejenigen Versicherungswerte Raum bleibt, die vom Reichssteuer mit einer Abgabe nicht belastet sind." Verhinderung des Stempels, das wurde zum Schlagwort der Regierungsvorlage, einem Schlagwort, dem man dann halblaut den kleinen Satz anfügt: "Nicht ohne daß durch mögliche Erhöhung der Belastung zugleich eine heuristische Belastung der in diesen Versicherungen enthaltenen Kapitalbildung entsteht" worden wäre.

Nicht alles, was die Regierung auf dem Gebiete der Stempelsteuern durchzusetzen versuchten, ist Gesetz geworden; aber die Belastung ist, namentlich bei den Versicherungen, doch sehr erheblich. Sie steht auch nicht die geringste innere Verbindung zur Seite, nur jene Wortschärfen, die wir im Vorstehenden geschildert haben. Bei der Erhöhung der Stempel auf kapitalistische Gesellschaften kann man vielleicht noch sagen, der Stempel sei ein gewisser Ausgleich dafür, daß eine Aktiengesellschaft, die wenigstens theoretisch etwas lebt, niemals zu Erbschaftsteuern und dergleichen Abgaben herangezogen werden kann. Grundstückspekulanten haben in letzter Zeit vielfach Gesellschaftsspekulanten dazu benutzt, um Wertzuwächse steuern und ähnlichen Belastungen zu entgehen; wenn somit die Erhöhung des Stempels auf Grundstücksgeellschaften schmäler gemacht werden soll, so lehnen wir das Gescritz zwar dennoch ab, können indessen zugestehen, daß das einer Begründung doch wenigstens von weitem ähnlich steht. Aber bei den Stempeln auf Feuerversicherungen, Lebensversicherungen, Versicherungen gegen Einbruchdiebstahl und Rentierscheidenbruch fehlt selbst ein solcher Anschein innerer Berechtigung der Steuer.

Die Stempelsteuern haben sich nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Lesung im Wesentlichen wie folgt geformt: Der Beurkundungsstempel für Erteilungen oder Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften beträgt fünftzig $\frac{1}{2}$ Proz. des Gründung- oder Erhöhungskapitals, also bei einer Aktiengesellschaft mit 1 Million Kapital oder Kapitalerhöhung 45 000 M.; der Stempel von Gesellschaften mit beschränkter Haftung beträgt für Gründung oder Kapitalerhöhung 3 Proz., wenn sich die Gesellschaft mit dem Grundstückshandel beschäftigt 5 Proz. Um zu verhindern, daß auch kleine Bauvereine, die vielleicht aus Zweckmäßigkeitsgründen die Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung annehmen, von diesem sehr hohen Stempel betroffen und in ihren Zwecken behindert werden, soll der Stempel für Handwerkergesellschaften nur 2½ Proz. betragen. Das nicht noch weitere Erhöhungen für bestimmte Fälle der Wohnungsbeförderung durch gemeinschaftliche Gesellschaften erreicht worden sind, ist sehr zu bestreiten. Was die Stempel auf Versicherungsurkunden anlangt, so hatte die Regierung vorgeschlagen, bei Feuerversicherungen für bewegliche Gegenstände 25 Pf. von je 1000 M. der Versicherungssumme jährlich zu erheben; der Reichstag hat diese Belastung etwas weniger hoch, nämlich auf 15 Pf. angelegt; bei unbeweglichen Gegenständen beträgt der Stempel bei der Feuerversicherung 5 Pf. pro 1000 M. in jedem Jahr. Ein anderer Modus der Stempeldrechnung ist bei der Besteuerung der Versicherungen gegen Einbruchdiebstahl und bei der Glasversicherung vorgesehen; dort werden 10 Pf. für jede Packung der gezahlten Prämie an Stempelsteuer erhoben. Das Verfahren ist ähnlich, die Wirkung noch schlimmer bei der Lebensversicherung, wo der Stempel 1 Proz. der gezahlten Prämie betragen soll. Unfall- und Haftpflichtversicherungen bleiben — man kann nur sagen: einweilen noch — frei. Jüngste Versicherungen unter 3000 M.

Nach dem Gesetz vom 15. Juli 1909, worin die 1881 zunächst in unsere Reichsfinanzen eingeführten Stempelsteuern ihre letzte Hoffnung erhalten hatten, waren der Reichsstempelsteuer unterworfen: Die Ausgabe von inländischen Aktien, von Bögen, von inländischen Renten und Schulverschreibungen, von Genussrechten und ähnlichen Papieren. Daneben bestand der Schlüsselstempel, die Abgabe von Lotteriescheinen, Abgabe von Schiffs- und sonstigen Krafturkunden und von Spielkarten; dazu kam der Emissionstempel für Kolonialgesellschaften, der horribile Colonistempel (Stempel auf Gewinnanteilsrechte und Zinsablagen) der Scheinstempel, der Stempel auf Grundstücksübertragungen, sowie die Abgabe von Personenzertifikaten, von Erlaubnisurkunden für Kraftfahrzeuge und die Rentierzertifikate, sowie der Hochstrafurkundenstempel und endlich der Wechslestempel. Man sieht also, daß wir ein wirklich reiches Besteck von Stempelsteuern bereits besaßen, ehe die neuen 50 Millionen Stempel eingeführt wurden. Es ist mit einer kaum ins Gewicht fallenden Erleichterung, daß der Scheinstempel aufgehoben wird und daß die Herauslösung des Grundstücksstempels von jetzt 5 Proz. des Kaufpreises von Grundstücken auf 1 Proz. wieder einmal feierlich versprochen worden ist, und zwar zum 31. März 1916. Die Aufhebung des Scheinstempels hat eine mehr indirekte Bedeutung, denn sie wird wohl verhindern, daß die Postverwaltung mit allen Kräften anstrebe, nämlich eine Aufhebung der Postfreiheit für die Zahlkarten im Postscheckverkehr. Eines der wichtigsten

Argumente für die Einführung der Postoberpflichtung bei diesen Postcheckzahlungskarten war der Hinweis auf die Stempelpflicht der gewöhnlichen Bankschecks, von denen jedes Formular ohne Rücksicht auf die Höhe der überwiesenen Summe nach dem Gesetz von 1909 mit einer 10-Pfennig-Stempelmarke bestellt sein mußte. Wenn der Bankscheck erst wieder stempelfrei ist, wird man schwerlich daran denken können, die Eingangskarte im Postscheckverkehr etwa einer 10-Pfennigabgabe zu unterstellen.

Es versteht sich von selbst, daß die Sozialdemokratie die vorgefallenen Erhöhungen der Stempelsteuern bekämpft und ablehnt, dagegen der Aufhebung des Scheinstempels, die übrigens erst Ende 1916 in Kraft treten wird, ihre Zustimmung ließ.

Die Tragödie der Zundersteuer wurde nach dem Willen der Regierung und den Beschlüssen der Parlamentsmehrheit wieder um einen Akt verlängert. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß unsere Reichsfinanzen von Anfang bis jetzt eine andere Gestalt gewonnen hätten, wäre nicht die Zundersteuererhebung durch die Kombination verschiedener Maßnahmen der inneren wie der äußeren Politik geradezu ein Schlußbeispiel nützlicher Ausübung der Staatsmacht geworden. Als das Deutsche Reich gegründet wurde, befand bereits auf Grunde eines Gesetzes von 1869 die Bekämpfung des Zunders in der rohen Form der Rüstungsteuer, also einer Rohstoffsteuer. Solche Rohstoffsteuern haben die Eigenart, daß ihr Ertrag mit den Fortschritten der Technik, d. h. mit wachsender Ausdehnung des Einheitsquantums des Rohstoffes immer mehr zuzulegen; wird die Steuer bei der Ausfuhr des Produktes zurückgestellt, ohne daß die Verbesserung der Produktionsmethoden berücksichtigt wird, dann entsteht eine gleichmäßig stärker werdende Ausfuhrprämie. So war es in diesem Falle. Von 46 Millionen Mark im Jahre 1882 sank der Ertrag der Rüstungsteuer auf nicht einmal 9 Millionen Mark im Jahre 1888. Die Belastung des Konsums im Inlande blieb dabei genau die gleiche, das Ausland, namentlich England, erfreute sich dagegen eines ungemein wohlseligen Gewinnes. Natürlich war die Sozialdemokratie vor drei Jahrzehnten gut eine Gegnerin der Konsumsteuern wie heute; man wird deshalb auch keine Empfehlung einer Zundersteuer darin sehen, wenn wir sagen: Wäre die Zundersteuer nicht mehr als 20 Jahre hindurch zu einer verschämtlichen Begünstigung der Industrieproduzenten und Händler gebraucht worden, sondern wäre der Vertrag, um den der Artikel für die Dokumente verneint wurde, wenigstens ganz in die Reichssteuer gellossen, dann hätten wir heute 2000 Millionen Mark weniger Schulden und entsprechend weniger Zinslasten. Durch das internationale Abkommen von Biarritz (Präfector-Konvention) im Jahre 1902 wurde die Ausfuhrprämie beseitigt, gleichzeitig wurde bei und die Zundersteuer herabgelegt. Der Erfolg war ein Aufsteigen der Einnahmen aus dieser Steuer auf mehr als 150 Millionen Mark in den letzten Jahren. Da ein zweites Abkommen von Biarritz im Jahre 1907 eine Schädigung der deutschen Zukaufszahlung befürchteten ließ, so beschloß der Reichstag 1908 eine neue Herabsetzung der Zundersteuer vom 1. April 1909 an von 14 auf 10 M. pro 100 Kilogramm. Aber ehe noch diese Erhöhung in Kraft treten konnte, kam die verhüllte "Finanzreform" von 1909 dazwischen, wobei der Zeitpunkt für die Herabsetzung der Zundersteuer auf den 1. April 1914 festgesetzt wurde. Das Verbrechen wurde weiterhin bei Gelegenheit der Heeresvermehrung von 1912 hinzugeschoben. Und jetzt? Jetzt heißt es in § 2 des neuen Gesetzes über Aenderungen im Finanzwesen, daß die drei teuerlichen und nicht gehaltvollen Versprechen aufgehoben werden. Die Zundersteuer bleibt in ihrer jetzigen Höhe bestehen, die in Aussicht genommene Erhöhung fällt fort. Ausgeichet wird hier wirklich aufgehoben heißen. Wobei die kleine Anerkennung zu machen ist, daß es durchaus eine Angelegenheit der Währungsfestigkeit ist, auf diesem Gebiete Änderungen herzuführen; 20 Sozialdemokratien mehr hätten schon diesmal ausgereicht, die Zundersteuer nicht etwa nur auf zehn, sondern (was im wieflichen Interesse der Konsumanten dringend geboten wäre) mindestens auf die Hälfte der jetzigen Höhe herabzusetzen. Die Lehre, die daraus folgt, ist zu einfach, als daß sie noch weitläufig auseinander gesetzt zu werden brauchte.

Deutsches Reich.

Ein furchterlicher Sünder.

Der badische nationalliberale Reichstagsabgeordnete Köhler hat das furchterliche Verbrechen begangen, für einen sozialdemokratischen Antrag im Reichstag zu stimmen, der freie politische Beteiligung für die Angehörigen des Heeres forderte. Das paßt natürlich so manchem seiner Parteigenossen gar nicht. Ein Mann, der nicht einsteht, daß die Armee vor allem eine Schutzwaffe gegen den Untergang zu sein hat, womit sich die Artillerie der politischen Beteiligung für die Soldaten nicht verträgt, hat allerdings in der nationalliberalen Partei nichts zu suchen.

So ist denn auch Herr Köhler von mehreren nationalliberalen Blättern, so von der Braunschweigischen Landeszeitung, schwer angegriffen worden. Jetzt kommt nun auch die bekannte rechtnationalliberale Magdeburgische Zeitung und verlangt, daß von Partei wegen gegen Herrn Köhler vorgegangen wird. Das Blatt schreibt:

"Wir haben von dieser Anklage bisher keine Notiz genommen, weil wir annahmen, daß von Partei in wege eine Ausklärung der Angelegenheit erfolgen werde. Das ist aber bis heute nicht geschiehen. Wir möchten deshalb untersetzen an den nationalliberalen Parteivorstand die Frage richten, was er in diesem Falle zu tun gedenkt. Das Braunschweiger Blatt hat vollkommen recht, wenn es sagt: Das ist Verrat an der nationalen Sache und an der Partei! Die gleiche Ansicht würden wir vom nationalliberalen Parteivorstand hören. Herr Köhler hat sich, daß muß laut und vernehmbar ausgesprochen werden, durch seine Handweise außerhalb der nationalliberalen Partei gestellt. Das muß ihm von der maßgebenden Parteistelle unzweideutig zu erkennen gegeben werden. Möge daher die Partei — und unfehlbar gegen Herrn Köhler — die notwendige Konsequenz aus der Todeslage ziehen!"

Die Magdeburgische Zeitung hat ganz recht. Herr Köhler hat sich so verhalten, wie jemand, der ernsthaft bestrebt ist, liberale Grundsätze zur Geltung zu bringen. Daß der nationalliberale Partei nunmehr sich ja allerhand Agrarier, Schäfsmacher, verrame Altdenkmäler, ehrige Freunde des preußischen

Dreiklassenwahlrecht und was es noch mehr an solchem realen und volksfeindlichen Zeug gibt, daneben auch Leute, die ab und zu so tun, als wenn sie ein bisschen liberal wären. Aber ein echter Liberaler, das geht nicht. Jemand, der Grenzen hat, darf auch bei den Nationalliberalen die Unschuldigkeit eine Grenze haben. Außerdem dürfen die Geldgeber von der Großindustrie sehr wenig darüber erbaud sein, doch sie unter ihren Leuten einen Menschen haben, der zu solch übeln liberalen Ausschweifungen fähig ist, wie Herr Köhler.

Die Regierung und die Deckungsfrage.

Die Wut der Konservativen über ihre Niederlage in der Deckungsfrage hat sich noch immer nicht gelegt und macht sich Lust. Ungefährlich gehen auch die Plankteile zwischen Konservativen und Zentrum fort. Die Zentrumsprese hat das Eintreten ihrer Abgeordneten für die Vermögenszurücksteuer mit dem Hinweis verteidigt, daß sonst die Erbschaftsteuer mit Hilfe der Sozialdemokratie angenommen worden wäre. Die Deutsche Tagesszeitung hat aber diese Entwidigung nicht gelassen wollen. Das agrarische Blatt vertritt die Ansicht, daß die Regierung eine mit Hilfe der Sozialdemokratie gegen Zentrum und Konservative eingetragene Steuer nicht akzeptiert hätte. Daraufhin schreibt nun die kleinländische Volkszeitung:

"Die Deutsche Tagesszeitung sollte doch eigentlich annehmen, daß man nicht auf bloße Vermutungen hin sich so bestimmt führt, sondern daß man in dem Falle schon — wie wir wissen — und tatsächlich haben die nachgehenden — wir bitten den Zweitauflage zu beachten — Stellen der Regierung in Vorberedungen keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokratie hätte eine beliebige Wehrheit in der auch die Sozialdemokratie hätten sein können, angenommen haben würden, wenn anders keine Verständigung erzielt worden wäre. Daran ist nichts zu ändern. Ob die Regierung schließlich der nationalliberalen Partei gegenüber Druckmittel in der Hand hatte oder nicht, lassen wir ruhig dahingestellt. Eine andere Frage ist die, ob die Regierung den Willen hatte, diese Druckmittel den Nationalliberalen gegenüber in Anwendung zu bringen."

Natürlich gerät darüber die Deutsche Tagesszeitung in die heftige Entrüstung. Sie erklärt zunächst, daß die Hauptangabe dieses Zentrumsblattes doch "eigentlich unglaublich klingt". Sei sie aber wahr, dann hätte die Regierung von vornherein und ohne den Versuch eines ernsthaften Widerstandes nicht nur ihre Vorlage, sondern auch die Gedanken einer nationalen Wehrheit für Wehr- und Deckungsvorlage preis gegeben. Das agrarische Blatt fordert, daß dieser Punkt restlos geklärt werde. Man kann den Vertrag des agrarischen Blattes verstehen. Es wäre ja auch zu gemein von der Regierung gewesen, wenn sie eine Steuer abgesetzt hätte, die den agrarischen Großbauern so verhaft war wie die Erbschaftsteuer. Die Herren Überstehen aber können aus der Meldung der Schlesischen Volkszeitung sehen, wie tüchtig sie handeln, als sie auf die Erbschaftsteuer verzichten und eine gerade für ihre Anhänger so üble Steuer, wie die Vermögenszurücksteuer, an ihre Stelle treten ließen.

Auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus.

In einer Würdigung, die die Rheinisch-Westfälische Zeitung zurückspringt, die die Regierung v. Heeringen angefeindet, findet sich folgender Satz:

"Wir können sagen, daß unter dem letzten Kriegsminister die Arme einen Aufbau erfahren hat, der sie auf ein Jahrzehnt und mehr hinaus in den Stand setzt, allen Ereignissen gewachsen zu sein."

Diese Charakterisierung der Heeresverstärkung durch eins der führenden Blätter der Rüstungspatrioten werden wir uns um so genauer merken, als wir fürchten, daß die Rheinisch-Westfälische Zeitung selber ihre Worte vergessen wird, sobald die unvermeidlichen militärischen Sachverständigen "Rücken" in ihrer Rüstung entdeckt haben werden.

Auch die Germania meint, vielleicht werde schon in einigen Wochen die Rheinisch-Westfälische Zeitung an ihr Beständnis erinnert werden müssen. Aber die Zentrumsprese hätte wahrscheinlich am wenigsten Anlaß, sich über das schlechte Gedächtnis der anderen in diesen Dingen zu mokieren.

Der Kampf der Schulbehörden gegen den Arbeiterturnerbund in Württemberg.

der sich äußert in dem Verbot des Beiratts von Schülern selbst zu den Jugendabteilungen, führt am Dienstag anlässlich einer sozialdemokratischen Interpellation zu einer scharfen Debatte im Landtag. Bei der Begründung der Interpellation wies Genosse Heymann nach, daß das Vorgehen der Schulbehörden jeder rechtlichen Grundlage entbehre. Der Kultusminister behauptete demgegenüber, bei den höheren Schulen ergebe sich das Recht der Verwaltung zu ihrem Verhören aus der Unterwerfung der Schüler unter die Schulordnung, bei den Volkschulen aus dem Volksschulgesetz, daß die Pflege der öffentlichen Erziehung vorliege. Der Arbeiterturnerbund treibe sozialdemokratische Politik; Politik sollte aber überhaupt aus der Schule ferngehalten werden, darum sei das Einschreiten der Schulbehörden berechtigt.

Der Staat habe gegen die politische Verherrigung der Jugend mit allen Kräften den Kampf zu führen. Nach dieser Antwort legte Genosse Heymann dem Minister auseinander, daß gerade durch die Regierung der politische Kampf in die Schule getragen werde. Nach reditsglückigen Gerichtsentscheidungen gelte selbst in Breißen der Arbeiterturnerbund nicht als politische Organisation. Politische Beteiligung sei der deutschen Turnerschaft und dem Jungdeutschlandbund in viel höherem Maße nachzuweisen. Wenn die Regierung die Mitgliedschaft der Schüler in diesen Vereinen dulde, beim Arbeiterturnerbund sie verbiete, so mache sie sich der Wahrheit schuldig. Die bureaukratische Überhebung, die auf alle Schöpfungen der Arbeiterschaft geringfügig herabsehe, äußere sich hier wieder in den krassen Formen.

In der anschließenden Debatte traten der Zentrumsführer Grüber, der Nationalliberalen v. Hieber, der konserватive Wolff und mehr oder minder selbst der Volkspartei Grüber auf. Als Grüber es darstellte, als siehe die Pflege sozialdemokratischer Gesinnung im Widerpruch mit der öffentlichen Erziehung protestierte Genosse Heymann die Zwischenfälle gegen diese Beschimpfungen und begegnete sie wiederholte als "unverschämt", was ihm mehrere Ordnungsstrafe eintrug. Gräßig ging sowohl mit den bürgerlichen Rednern als auch mit dem Minister Genosse Hieberbrand ins Gericht. Er kennzeichnet die Ministerausschaffung als die gern Prinzipien erhobene Willkür und erklärte, die Herren dürften sich nicht ein-

hören, daß sie durch das gegen die Arbeiterturner geschaffene Ausnahmerecht die Arbeiterjugend ins Lager der bürgerlichen Jugend- und Sportvereinigungen hineintreten könnten. Mit der Forderung der Gleichberechtigung der Arbeiterturner wurde nunmehr die Sozialdemokratie vor die Wähler treten. Um den Erfolg sei es ihm nicht lange. Heymann zogt noch an der Hand zahlreicher Beispiele, wie die deutsche Turnerschaft international den Kampf gegen die Sozialdemokratie, also politisch in der häufigsten Form treibt.

Dieser Kampf der Behörden gegen die Arbeiterturner wird auf das politische Leben in Württemberg nicht ohne Einfluss bleiben.

Die Regierungsbefragung auf zwei kleine Anfragen im Reichstag.

Vor dem Reichstag in die Ferien ging, fragte noch Abg. Dr. Decker den Reichstagsabgeordneten, ob in nächster Zeit auf das Aufzuhören der internationalen Organisation der traditionellen Zeitschriften gerechnet werden dürfe. Nunmehr hat Staatssekretär Dr. Delbrück folgenden Bescheid gegeben: "Die unter Führung der französischen Regierung mit einigen europäischen Staaten eingeleitete Verhandlungen über die Schaffung einer internationalen Organisation der drucklosen Zeitungen sind im Gang. Zurzeit läßt sich noch nicht übersehen, wann die Verhandlungen zum Abschluß gelangen werden."

Serner hat Abg. Munro die Reichsregierung über den internationalen Schutz jugendlicher Arbeiter befragt. Zum Ende folgende Antwort zuteil: "Internationale Vereinbarungen zur Durchführung eines besonderen Schutzes der Arbeiter von 16 bis 18 Jahren bestehen bisher nicht. Um einen internationalen Schutz der Arbeiter bis zum 18. Lebensjahr anzubringen, hat der Schweizer Bundesrat durch Schreiben vom 21. Januar d. J. eine Anzahl von Staaten zu einer Konferenz im September d. J. nach Bern eingeladen. Es soll auf dieser Konferenz über das Verbot der industriellen Nacharbeit jugendlicher Arbeiter bis zum 18. Lebensjahr und über die Einführung eines schutzmäßigen Nacharbeitsvertrages für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahr und für Arbeiterinnen (ohne Unterschied des Alters) beraten werden. Welches Ergebnis die Verhandlungen, an denen auch Deutschland teilnehmen wird, haben werden, läßt sich noch nicht absehen." Des weiteren enthält die Antwort der Regierung eine Übersicht über die in Deutschland bestehenden Gesetzesvorschriften zum Schutz der Arbeiter unter 18 Jahren.

Nationalliberale Stichwahlparole für Sachsen-Anhalt.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Nationalliberalen für die Wahl in Sachsen-Anhalt eine Stichwahlparole zugunsten des Herrn v. Oerzen ausgegeben. Die Nationalliberalen Wahlverein in Potsdam hat zur Wahl des Herrn v. Oerzen aufgerufen. Es wäre ja auch merkwürdig, wenn diese Stichwahlparole nicht gekommen wäre. Und doch die Nationalliberalen wenigstens in Norddeutschland immer bereit gewesen, die Reaktion zu unterstützen. Zwischen einem Nationalliberalen vom Schlag der Büchner und Konservativen und einem echten Konservativen ist ja auch kaum ein Unterschied.

Das Wahlrecht Verzögert bei Neuwahlen.

Bei Anlaß der Veröffnung der Wahl des Abg. v. Halem (Nationalliberalen) kam in der Wahlprüfungskommission des Reichstages die Frage zur Entscheidung, ob bei einer Nachwahl, wenn für diese nach § 8 Absatz 3 des Wahlgesetzes die für die ursprünglichen allgemeinen Wahlen aufgestellten Wählerlisten benutzt werden, die in der Wählerliste eingetragenen wahlberechtigten Personen auch dann wahlberechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben. Diese Nachfrage ist im Reichstag schon mehrfach zur Entscheidung gelangt. Bei der Abstimmung wurde mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen: Der Reichstag wolle beschließen: „die in die Wählerliste eingetragenen Wähler sind bei einer Nachwahl zur Abstimmung des Wahlrechts auch dann berechtigt, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben; der Artikel zu 1 ist dem Herrn Reichstagsabgeordneten zur Kenntnisnahme mitzugeben.“

Landtagswahl in Lippe.

Die Stichwahl, die bei einer Landtagswahl der örtlichen Partei in Lippe-Detmold zwischen unserem Genossen Kronshage und einem Liberalen stattgefunden hatte, endete mit dem Sieg des Liberalen Genossen Kronshage erzielt 1263, der Liberale, dem auch die Konservativen Stimmen zugesetzt, 1416 Stimmen.

Verbotener Reichstagsabgeordneter.

Eichstädt, 9. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Domkapitular Anton Kohl (Jenitum) ist heute abend nach langerem Leiden gestorben. Die Hoffnung der Eisenbahnen, eine politische Korrespondenz zu erhalten, ist entgangen. Der Entwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen ist nach langwierigen Verhandlungen mit den Regierungsstellen und den Vertretern des Verbandes deutscher Eisenbahngesellschaften und des Vereins deutscher Eisenbahn- und Straßenbahngesellschaften endgültig abgeschlossen worden; er wird als eine der ersten Vorlagen des Ausschusses im Reichstag beschäftigt und im Winter dem Reichstag vorzulegen werden. Der Entwurf regelt die Haftpflicht der Personenschäden und Sachschäden. Gemäß den Anträgen des Jenitum ist in dem Eisenbahnunternehmen zwischen Bahnhof und Bahnhof, für letztere gelten im allgemeinen die Bestimmungen des Reichshaftrichtergesetzes unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, während für die Straßenbahnen die Haftpflichtbestimmungen dem Automobilrichtergesetz nachgebildet sind. Hat die Straßenbahnen empfohlen es sich, die geringen schweren Bestimmungen des Reichshaftrichtergesetzes zu mildern, da diese Bahnen eigentlich noch schlechter gestellt sind als Automobile, so ist dies nicht erledigt worden, auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Böbel und Haase haben schmerzige Erledigung der Wahlen bestimmt.

Der "Verschleppung" der Wahlprüfungen widmete die Konferenz des Eisenbahnen wieder einen längeren Artikel. Sie erhob die Behauptung, daß die Erledigung der Wahlprüfungen verschleppt werden sei, weil eine Anzahl liberaler Mandate für ungültig erklärt werden müßten. — Es ist gewiß bedauerlich, daß die Wahlprüfungen nicht mehr erledigt wurden, auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Böbel und Haase haben schmerzige Erledigung der Wahlen bestimmt.

Der Patriotismus unserer Agrarier. Die sozialdemokratische Presse ist wieder einmal in der Lage, gleichzeitig drei Möglicherkeiten, deutsche Bauerngenossen anzustimmen, die heimatliche Erde und sozialen Bauernschaften anstreben, auf den polnischen Heide verlaufenden zu erläutern. Im ersten Falle ist es ein adliger Herr von Goebel im Kreis Lublin, der ein 5000 Hektar großes Rittergut an den Polen verkaufte und dabei 200 000 Taler verdient haben soll. — Im zweiten Falle verkaufte der Rittergutsbesitzer auf Lublin, teils auf Preßburg,

Eichstädt ein 2100 Hektar großes Besitztum im Kreis Bromberg an einen Polen, im dritten Falle handelt es sich um eine Bauernwirtschaft im Kreis Bozen-Ost. Alle die Agrarier gehören sicher zu denen, die vor der "waterlandlosen" Sozialdemokratie einen gewaltigen Abschrecken haben!

Ausland.

Frankreich.

Paris, 10. Juli. In den Angeklagten des Freudenlegionärs Hans Müller bringt der Prozeß eine offensichtliche Mängelhaftigkeit des Kriegsministers beruhende Darstellung, wonach ein am 22. Juli 1890 in Zürich geborener Hans Müller am 12. September 1910 vom Kriegsgericht in Urdorf wegen Deserteur vor dem Feinde und Verleitung mehrerer Kameraden zur Deserteur auf Grund der Artikel 238 und 241 des Militärrichtergerichts zum Tode verurteilt worden sei. Dieser Hans Müller sei auch innerhalb des vorchristlichen Zeit vier Tage nach der Urteilsfassung erschossen worden. Von einer Genehmigung durch den Präsidenten der Republik kann schon deshalb keine Rede sein, weil im Prozeß wie im Falle der Deserteur vor dem Feinde die Entscheidung des Kriegsgerichts unverzüglich vollzogen sei.

Um die Militärvorlage.

Paris, 10. Juli. Der radikale Deputierte und ehemalige Minister Paul Léonardie hat, daß er den von ihm eingebrochenen Auftrag antritt auf Einsicht der zwanzigjährigen von des gestrigen Schlusses des Heeresausbaus aufzuerhalten und wahrscheinlich heute in der Kammer begründen wird. Er erklärte einem Berichterstatter, daß sein Antrag unter den Deputierten zahlreiche Anhänger finden werde. Der Vorsitz des Heeresausbaus habe zwar auf die Räume zweitens großen Einfluß gemacht, aber da die Regierung kaum die Verantwortung stellen werde, hätte er seinen Antrag durchaus nicht für ausgeschlossen.

England.

Die Arbeiterschlacht im Landgebiet.

London, 8. Juli. Am englischen Unterhause wurde das Gesetz von Johannesburg in Form von kurzen Anträgen von den Mitgliedern Outram und Woodrow und unserem Genossen Keir Hardie zur Sprache gebracht. Der Colonialminister Hartcourt verzögerte sich jedoch hinter der Regierung der südafrikanischen Union, die die Verantwortung übertrug. Als Schlußfolgerung der Interpellation vorbringen wollte, unter der Begründung, daß die englische Regierung und das englische Parlament allein für den Unterhalt der britischen Truppen aufkommen und daß ihnen deshalb die ausschließliche Verantwortung für deren Verwendung zugeteilt sei, ließ der Sprecher die Interpellation nicht zu. Keir Hardie fundierte jedoch an, daß er die Sache nicht dabei bewegen lassen werde.

Wie sich die Dinge in Südafrika weiter entwideln werden, kann jetzt niemand sagen. Liegt eine Beleidigung jedoch allgemeine Beleidigung, darüber nämlich, daß dieses Blatt den Anstoß zu einer jünglichen Entwicklung der Arbeiterpartei geben wird. Die Toge der absoluten politischen Herrschaft der Randmagnaten sind gezählt, und es wird kaum lange dauern, bis die Arbeiter Südafrikas sich dieselbe politische Machtselbstverwaltung erobern wie die Australiern.

Spanien.

Todesurteil gegen den Epileptiker.

Madrid, 10. Juli. Es bestätigt sich, daß Sanchez, Bürger zum Tode verurteilt worden ist. Der Urteilsspruch ging dahin, daß das Attentat vorher beabsichtigt und hinterlistig ausgeführt worden sei. Sanchez sei zwar Epileptiker, aber im Augenblick des Attentats im Bett seiner Heimatküste gewesen. Es wird verichert, daß Sanchez Rücksichtslosigkeit besaß.

Kämpfe in Marokko.

Casablanca, 10. Juli. Gestern beschossen die Mauren die Spanier bei Lariviert und töteten dabei einen Kapitän und zwei Soldaten. Die Spanier machten einen Aufstand und wurden dabei von einer sehr großen Anzahl von Mauren angegriffen. Die Feinde wurden schließlich durch spanische Artillerie unter großer Verlusten zurückgedrängt. 15 Spanier wurden kampfunfähig gemacht.

Asien.

Rußland gegen China.

London, 10. Juli. Die Times melden aus Peking vom 9. Juli: Russland hat eine Brigade von Eisenbahntruppen mit drei Batterien Artillerie etwa 20 Meilen von Peking entfernt konzentriert. Zweck dieser Aktion ist, die Entfernung des chinesischen Militärgouverneurs durchzuführen, dessen bösartige Verhandlungen russischer Interessen Unbehagen zu diplomatischen Vorstellungen gegeben hat.

Dresdner Polizeibericht vom 10. Juli.

Einbrecher haben in vergangener Nacht aus einem Keller in der Annenstraße eine größere Anzahl flüssigen Rot- und Weißweine gestohlen. Es waren die Marken: Bordeaux, Clos de la Rouine und 1911er Château. Die Eindringlinge trugen die Firmenabschrift Marius Platz, Schweinfurt.

Wetterbericht von der Wetterküche am der Friedrich August Brücke vom 10. Juli, mittags 12 Uhr.

Barometer 751. Veränderlich. Thermometer +20° R. Hygrometer 59%. Wasserstand der Elbe - 100 Centimeter. Wassertemperatur +14 Grad R.

Prognose der sächsischen Wetterdienstwettervorhersage für den 11. Juli:

Wechselnde Winde: meist heiter: keine wesentliche Temperaturänderung; keine erheblichen Niederschläge.

Wetterlage: Die gegenwärtige Besserung des Wetters wird augenblicklich durch ein in der Alpenregion befindliches Hoch beeinträchtigt, so daß wir von einer dem Zeitlande entzähmenden Aufstauung betroffen werden. Die ständige Entwicklung des nordöstlichen Hochs dürfte zur Ausfüllung der beiden nördlichen Berg- und Höhenzonen führen. Es steht wohl eine Vereinigung der beiden Hochdruckgebiete bevor. Hiermit würde gutes Wetter verbunden sein. Jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß wie zunächst noch einmal von einer westlichen Strömung getroffen werden und eine vorübergehende Verstärkung des Wetters eintreten.

Letzte Telegramme.

Die Niederlage der Bulgaren.

Belgrad, 10. Juli. Die Serben eroberten nach kurzem Kampf Radovitscha und die Griechen Petrich und Strumica. Die Bulgaren flohen in der Richtung auf Bitola und Plowdiw. Die gefesselten abgeordneten und General Borković wurden am 10. Juli in der Nähe von Plowdiw gefangen genommen und eine bulgarische Maschinengewehrkavallerie erobert. Die Bulgaren unter General Koschewski sind auf dem Rückzug begriffen, teils in der Richtung

Frankfurt a. M., 10. Juli. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Belgrad: Es bestätigt sich, daß die bulgarische Armee bei Radovitscha von den Serben vollständig geschlagen worden ist und die Bulgaren in fluchtigem Rückzug auf das Plowdiw-Gebirge zurückgehen.

König Ferdinand besiegt den Rückzug.

Paris, 10. Juli. Wie der Petersburger Correspondent des Figaro von der russischen Seite erfuhr haben will, habe König Ferdinand durch den bulgarischen Gesandten mitgeteilt, daß er den für den Kampf an der serbischen Grenze verantwortlichen General Savojev abgelehnt und den formalen Beschluss gefaßt habe, den brudermörderischen Krieg mit Griechenland und Serbien nicht anzunehmen, weshalb er auch seinen Fahrern den Befehl erteilt habe, sich auf der ganzen Linie zurückzuziehen. Die russische Diplomatik habe infolgedessen sofort eine energische Aktion in Bursach, Belgrad und Athen eingeleitet, um einen neuen Balkanbund mit Einschluß Rumäniens herzustellen. Rumänien werde auf Bulgarien einwirken, damit dieses alle von Rumäniens verlangten Gebietsansprüche gewahrt und den Serben und Griechen in Mazedonien eine gemeinsame Grenze bewillige.

Die Politik Rumäniens.

London, 10. Juli. Das Reutersche Bureau erhält aus gutunterrichteter rumänischer Quelle, daß die Mobilisierung noch in dieser Woche vollständig durchgeführt sein wird. Rumänien nimmt gegenüber seiner der Kriegsführenden Parteien eine feindselige Haltung ein, aber es will seine Veränderung des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel zulassen, die ihm selbst schädlich sein könnte. Wenn Serbien ernstlich bedroht sein sollte, so wird Rumänien gezwungen sein, Truppen nach Bulgarien zu schicken; wenn dagegen Bulgarien bedroht wird, so wird Rumänien seinen Einfluß zu Bulgariens Gunsten geltend machen. Außerdem will es sich eine vorstehende Grenze sichern zur Verteidigung seines Gebietes und um eine Beweise-Politik Bulgariens für den Fall, daß Rumänien gezwungen werden sollte, gegen Bulgarien vorzugehen, unmöglich oder recht schwierig zu machen. Es ist daher wahrscheinlich, daß die rumänischen Truppen bulgarisches Gebiet bis zu der Linie Turtukai (Tatarlan) an der Donau bis Balschik am Schwarzen Meer besetzen werden und daß der Rest seiner Streitkräfte zur Durchführung seiner Politik, eine Gefährdung des Gleichgewichts der Kräfte auf der Balkanhalbinsel durch Intervention zu verhindern, verhinder werden wird.

Rußland und Rumänien.

Wien, 10. Juli. Ein russischer Diplomat erklärte einem Mitarbeiter des Neuen Wiener Tagblatts, daß falls der gegenwärtige Balkan-Krieg irgendwie Verziehung des Bildes auf dem Balkan beschleunigt läuft, Russland durch einen neuen Schritt sofort eingreifen werde. Russland könne unter seinen Umständen dulden, daß Rumänien nicht als die früher besprochenen Gebiete erhält.

Vom Juge überschritten.

München, 10. Juli. Am Elbtal in Alsa wurde heute vormittags der Expediteur Wachtel vom Eisenbahnzuge beim Überqueren der Elbe überschritten. Der Oberst des Verunglückten war nur noch eine formlose Kugel.

Großherz.

Ulm, 10. Juli. Der russische Diplomat erklärte einem Mitarbeiter des Neuen Wiener Tagblatts, daß falls der gegenwärtige Balkan-Krieg irgendwie Verziehung des Bildes auf dem Balkan beschleunigt läuft, Russland durch einen neuen Schritt sofort eingreifen werde. Russland könne unter seinen Umständen dulden, daß Rumänien nicht als die früher besprochenen Gebiete erhält.

Die Familientragödie in München.

München, 10. Juli. Wie manche festgestellt worden ist, haben bei der gescheiterten Verschwörung an der Hochbellohofer Brücke nur die Frau des Privaters Preysing und ihre Tochter den Tod gefunden. Preysing selbst war mit seinem Sohn kurz vorher über die Brücke gegangen.

Schwarzes Strafenhausunglück.

Kassel, 10. Juli. An einem Wagen des elektrischen Straßenbahnverkehrs gestoßen die Preuse und der Wagen rollte in rasendem Tempo die steile Bahndammstraße hinab, bis er entgleiste und auf den Bürgersteig stürzte. Vier Passagiere und der Wagenführer wurden verletzt, die Verletzten mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Schwere Unfälle.

Weissenfels, 10. Juli. In der Dienstagnacht wurde auf dem Erfurter Bahnhof der Schafzur Steudnitz aus Weissenfels von einem Juge überschritten und getötet. Am Mittwoch vormittag geriet der Schenkarbeiter Alwin Meusek aus Weissenfels auf dem Bahnhof Weißburgheim beim Aussteigen eines Güterwagens unter die Räder eines Personenzuges und wurde ebenfalls sofort getötet.

Spionageaffäre.

Innsbruck, 10. Juli. In der Spionageaffäre des Ingenuen Paler, der beschuldigt wird, als Baurichter der neuen österreichischen Eisenbahn verdeckt zu agieren, wurde der Vorsteher des Betriebsbetriebs und sein Sohn getötet. Am Mittwoch vormittag geriet der Betriebsarbeiter Alwin Meusek aus Weissenfels auf dem Bahnhof Weißburgheim beim Aussteigen eines Güterwagens unter die Räder eines Personenzuges und wurde ebenfalls sofort getötet.

Ein unschätzbarer Leichnam.

Paris, 10. Juli. In der vergangenen Nacht wurde auf den Gleisen in der Nähe des Bahnhofs Champs-de-Mars der furchtbare Verlust einer Sechzehnjährigen festgestellt. Ein elegant gekleideter junger Mann aus Paris wurde auf einer Bahnsteigplattform niedergestossen und starb auf der Stelle. Eine Bahnsteigplatte, mehrere Abstellen in deutscher und englischer Sprache, darunter eine des französischen Kriegsministeriums, sowie ein kleiner Reisekoffer wurden gefunden. Die Identität des Toten konnte bisher nicht ermittelt werden.

Ein Todesschritt.

Paris, 10. Juli. Das Schwurgericht von Angers verurteilte den 18jährigen Bediengesellen Picard, der im September letzten Jahres den Bäcker Romuald ermordet und dessen Tochter Schwester bestimmt hatte, um sich in den Besitz eines Motorradrades und eines Phonographen zu setzen, zum Tode.

Auf der Jagd erschossen.

Paris, 10. Juli. In Vésaignes bei Châlons wurden bei einer Wildschweinjagd zwei Männer durch einen ungl



Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität

Sitz Offenbach a. H.

Mitgliederzahl 155 000



Der Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität bildete sich vor 17 Jahren, um auch denjenigen radfahrenden Arbeitern, welche damals zu einem Zusammenschluß innerhalb der bestehenden radfahrenden Arbeiterschaft selbst.

In der kurzen Spanne seit der Gründung hat dieser Bund eine Entwicklung genommen, wie sie wohl wenigen Korporationen bis jetzt besaßen. Zählt der Bund bei der Gründung nur 300 Mitglieder, so stieg die Zahl von Jahr zu Jahr ganz gewaltig und ist jetzt auf 155 000 Mitglieder angewachsen.

Legtere Zahl ist der beste Beweis dafür, daß die radfahrende Arbeiterschaft erkannt hat, welch großer Nutzen und Vorteile diese Korporation ihren Mitgliedern bietet. Unter anderem gewährt der Bund bei einem Eintrittsgeld von 75 Pf. und einem Monatsbeitrag von 25 Pf. (etwa 20 Pf. Rottalbeitrag) bei Abnahmefällen eine Unterstützung im Höhe von 6 bis 12 Pf. pro Woche vom Tage der Mitgliedschaft an auf die Dauer von 18 Jahren. Streckunterstützung nach dreimonatiger Mitgliedschaft von 10 bis 75 Pf. Rottalunterstützung, Grenzstrafe zur zulässigen Passage über die Landesgrenze, das Organ der Arbeiter-Radfahrer, monatlich zweimal erscheinend, Rechtschutz in allen Fällen, die von prinzipieller Bedeutung sind usw.

Jedem richtig Denkenden wird wohl nach allem hier angeführten klar sein, wie notwendig und möglich der Arbeiter-Radfahrerbund ist für die radfahrende Arbeiterschaft ist. Man sollte sich daher wegen Aufnahme in den Bund an die am Orte bestehende Gruppe oder auch an nachstehende Adresse wenden.

Jakob Kranz, Gauleiter, Dresden-Alt., Könneritzstraße 17.

Die Landes-Ausfahrt der Gau 14 und 15 (umfassend das Königreich Sachen) findet am 12., 13., und 14. Juli nach Grossenhain

nett. An unsere Mitglieder sowie an die gesamte radfahrende Arbeiterschaft Sachsen ergeht hiermit der Ruf zur zahlreichen Beteiligung an dieser Ausfahrt, damit dieselbe zu einer gewaltigen imposanten Demonstration unseres Bundes ausgestaltet wird.

Berband der Fabrikarbeiter Deutschlands Zahlstelle Dresden und Umg.

Sonnabend den 12. Juli, abends Punkt 8½ Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Böhmerbergstraße

Wichtige Quartalsversammlung

Tages-Ordnung:
1. Erstattung des Geschäfts- u. Kassenberichts für das 2. Quartal 1913.
2. Verbands-Angelegenheiten.

Vollständigen Besuch der Kollegen und Kolleginnen erwartet

Die Verwaltung.

Sonntag den 27. Juli 1913

Halbtags-Partie

Abschafft mittags 12½ Uhr vom Terrassencafé mit Dampfschiff bis Pillnitz. Von dort durch Gräune, Vorbergesen, Weibergrund nach der Kochmühle; hier kurz Rast. Von dort nach Lohmen, wo im Erbgericht ein Tänzerchen stattfindet. — Preis der Karte 10 Pf.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Ausschuß.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund - Bezirk Dresden

Sonnabend den 19. Juli 1913, im Park der Waldschlösschen-Brauerei

SommerKonzert

ausgeführt von den Bundes-Chören und der Burgker Bergkapelle [V 178]

Beginn 8½ Uhr Leitung: P. Büttner und G. Schönberg Beginn 8½ Uhr

Programmhäfte à 30 Pf. sind zu haben bei den Gewerkschaften, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins, Vorwärts, im Volkshaus und in der Volks-Buchhandlung, Große Zwingergasse.

Sonnabend den 12. Juli, 8½ Uhr Probe der Bundesmännerchöre in der Zentralhalle

Verein „Volksgesundheit“

Montag den 13. Juli von früh bis abends

Strandfest am Waldteich

Mitweltende: Schwimmer, Turner, Sänger und die Badekapelle des Vereins.

Kinderbelustigungen. Von 6 Uhr abends an Tanz im Gasthof Wilschdorf

Es wird gewünscht, Badekleidung mitzubringen.

Karten à 15 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern vorher zu erwerben. Für gute Beteiligung

ist Belohnung gesetzt.

Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörigen wird erwartet.

+ Damen +

empf. best. Spinnapparate, Mutter-
spinnapparate, usw. Artikel und werden
sich bei Göring bestimmt haben
Frau Fröhlich, Sollnitz 23, I.

Gewissen halb Uhren
Feder 25 Pf., Reinigen 1 M., nur
Ersatzglocke 12, L.E. [K 82]

Steppdecken

zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Gesellstr. 10, 1.

Hausschuh u. ältere o. inval-
Gebäude f. i. jetzt viel Geld verbraucht
Streng reelle Sache! Seine Ver-
sicherung ist 11 Uhr. an Fried-
richshain Höhenberger, Kunsthandschuh-
Haus, Augsburg, Augenbastr. 3. [B 1837]

Arbeiter

werben angenommen.
Steinbrück Ober-
deckerweg, Mühlau.

Alfabetisch aufgebildete

Schneiderin

die schon zwei Jahre sehr häufig
arbeitet, empfiehlt sich zum Nähen
außer dem Haute. Gestell, etc.

Dora Eulen, Dorotheastr. 18, 3. r.

Foto (gut erh.) 12, Skiz.-Regulier 7,

8 Sat.-Uhr 7 St. Gebühr, 15, 21, L.

Bade-Anstalt

Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bäder aller Art

E. Brünnowitz

Gitternstrasse 15

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle:
Wochenspiegel, Bergmannstr. 4, gegenüber
dem "Hohenstein".

Geschäftsstelle:
Wochenspiegel, Bergmannstr. 6—8—11 mit
dem "Hohenstein". Telefon: 7 722.
Telegraph: Kurz-Dresden Nr. 774.

Bezirk Kemnitz, Stelzsch, Cossebaude u. U.

Sonnabend den 12. Juli, abends 9 Uhr, in Teubner's Hof in Wildberg: **Mitglieder-Versammlung**. Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Landesverordneten Genossen Robert Fischer, Dresden. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Die Genossinnen und Genossen werden erachtet, anhört in der Versammlung zu erscheinen. Treffpunkt: Rustikale Schule, Edmarisch Punkt 8 Uhr nach Wildberg. Die Verwaltung.

Bezirk Plauen.

Sonnabend den 12. Juli, abends 9 Uhr, im Plauenschen Hof, Hofmühlstraße: **Mitglieder-Versammlung**. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Genossen Lenzel über Vorsitzende. 2. Bericht vom Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Altkreisliches und plünktliches Schreiben erwartet.

Die Verwaltung.
Abfahrt 1/2 Uhr mittags vom Restaurant Strelitzmühle mit Straßenbahn bis Lößnitz; von da zu Fuß durch den Wallgrund über Weißig nach Tharandt. Schänkehaus, Döbeln; Döbeln: Ein Fischer-Hof, Bahnfahrt von Tharandt nach Weißig. T. C.

Bezirk Kaitz-Leubnitz.

Sonnabend den 12. Juli, abends 9½ Uhr, im Salhof in Riesa: **Mitglieder-Versammlung**. Tages-Ordnung: 1. Die Vorsitzende. 2. Feststellung des Winter-Programms. 3. Wahl der Delegierten zum Saalzage. 4. Wahl eines Vertreters für die Verbands-Geschäftsstelle. 5. Verschiedenes. [K 179]

Sonntag den 20. Juli 1913 (nicht 13. Juli)
bestehend in reichhaltiger Gabenverlosung, Preisschissen und -kugeln, Pfefferkuchen-Verlosung, Kasperle-Theater, Lampionzug und verschiedenen Belustigungen für jung und alt = Im Garten

Gesangs- u. Instrumental-Konzert

Im Keller: Die beliebten „Enzian-Schrammeln“.

Eintritt 10 Pf. = Anfang 3 Uhr = Eintritt 10 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch lädt ein Der Vorstand.

Volksmännerchor.

Sonntag den 13. Juli im Körnergarten, Große Meissner Straße [V 184]

Sommerfest

bestehend in reichhaltiger Gabenverlosung, Preisschissen und -kugeln, Pfefferkuchen-Verlosung, Kasperle-Theater, Lampionzug und verschiedenen Belustigungen für jung und alt = Im Garten

Gesangs- u. Instrumental-Konzert

Im Keller: Die beliebten „Enzian-Schrammeln“.

Eintritt 10 Pf. = Anfang 3 Uhr = Eintritt 10 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch lädt ein Der Vorstand.

Kino Briesnitz

Heute Donnerstag und Freitag: Das Begräbnis des Reichstagsabg. August Eaden. Qualen einer Mutter. Drama in zwei Akten. Sonnabend und Sonntag: Verschollen. Drama in drei Akten. Der Frühling kommt. Eine Komödie. [K 206]

Wertzüglich und preiswert
speist man in den
Wittelsbacher Bierhallen!
Wörthstraße 10
Allerwählestes Janissien-Geklatsch der Leibniz,
Große Speisen-Auswahl zu kleinen Preisen.
Für die Güte der Speisen bürgt der Ruf des Lokals.

Radrennen zu Dresden

Radrennbahn hinter dem Gr. Garren — Straßenbahnhof d. B.

Sonntag den 18. Juli, nachm. 3½ Uhr [A 126]

Grosser Robl-Preis

Dauerfahren über eine Stunde mit Motorfahrt.

Preis von Reick

Dauerfahren über 30 Kilometer mit Motorfahrt.
Es starten: van Neck, Piot, Scheveningen, Schippe, Bruno, Berlin, Haybrechts, François, Antwerpen, Hyser, Fritz, Born, Denkme, Bruno, Berlin.

Grosse Berufs-Flieger-Rennen

Preis von Reick, Hauptfahren, 2000 Meter. Prämienfahren, 8000 Meter. Ausscheidungsfahren. Vergabefahren, 3000 Meter.

Kaitz, Leubnitz-Neustraße usw.

Exklusiv Neueröffnungsgeschäft hat Eigentum mit wesentlichem Gehalt bei hohen Prämien zu vergeben. Teilweise Gewerber, welche sich auch dem Reugschaft wünschen wollen, werden gebeten, ausführliche Offerten unter M. J. 100 an die Expedition d. Städte überzulegen. [B 1903]

Gesamtverantwortlich für den traditionellen Zeit:

Erz. G. S. d. Dresden-König.

Gesamtverantwortlich für den Unterhalt:

Reinhold Gäßler, Dresden.

Zeit und Werbung: Reden & Romm, Dresden.

Dann gibt der Vorhang einen armseligen Raum frei. Steinholzene Bänke stehen in zwei Reihen. Spärliche und religiöse Bilder da und dort an der holzen Wand. Hinten ein Podium, eine verblümte Fahne, ein Harmonium. Davor die Radfahrer.

Die eisenergänzten Fenster stehen offen. Dahinter eng ein dunkler Hof. Aus einem Fenster lugendow im Dunkel dringt das scharfe Schnurren eines kinematographischen Apparats.

Langsam rütteln sich die Bänke. Dienstmädchen, alte Frauen, einige Männer — Abstinenter des Lebens. Neben den Uniformen und Schutzhüten der Hollsoldaten ein paar vergnügte Panamahäute. Hinter mir erzählt eine Altersstimme: „Wir wollten eigentlich ins Kino, mit dir aber zur falschen Stelle rein. Na, wir bleib' mir gleich.“ — „Pisch!“ machen einige.

Auf dem Podium steht ein Hollsoldat, schmal, im Stile der Hollsoldaten — Mützen und Gegen einen Haufen Kleidungsstücke in einer Uniform gestellt. Er macht Stimmung. Mit drei, vier Sätzen hält er eine Stunde zwischen Podium und Bänken. Er ist der Konferenzier im Kabinett der Harmonie. Das Harmonium wälzt eine Choralmelodie vor, der Konferenzier spricht der Versammlung die Worte dazu ins Gedächtnis und nach einigen Ver suchen singen, plaudern, brummen zwanzig Stimmen den Singfang.

Dann redet der Konferenzier mit leiser Stimme allen Sünden ins Gewissen, heute noch aus dem Sündenfloß zu erwachen. Harmonium gähnt auf. Die Luft im Raum hängt schwül vor den Sitzreihen. — Der Konferenzier betet. Die Schutzhüte verlegen zwischen den Bänken und mit ihnen sinkt fast fast die ganze Versammlung auf die Knie. Einige gedenken verdrückt, dann rutschen auch sie von der Bank. Einige bleiben sitzen und lächeln.

Zwei Mädchen — sechzehnjährige Tändelstilchen — schreien unter ihren Buschelhaarern herbei, noch dem betenden Konferenzier zusehen, lachen und kriechen dann zum Gebet zusammen. In den einstöckigen Vorhallen des Gebäudes murmeln es da und dort. „Halleluja!“ „Halleluja!“ Die Luft wird schwüler, sie greift an die Kehle. Ich vergesse zu lächeln.

Vor mir steht eine blühende zwanzigjährige Blondine, die Stirn auf der Bank, die Finger verkratzen. Ich möchte sie an den Schultern emporziehen — in diesem Augenblick sind wir alle Modelle, in deren Spannungen nur der Gedanke an den nächsten Sonntagabend Raum hat, lieber, menschlich näher als diese Peterin, die ihre Jugend getreulich verleugnet.

In meine Hände herein erzählten gerettete Männer und Frauen aus der Versammlung von ihrer Rettung aus schwerer Sünde — leere Taschen, hinter denen nichts wohne Empfundenes lebt. Leimruten. Ich flüchte mich zu einem Lächeln.

Aber das Haben geht weiter. Vier Uniformen stehen auf dem Podium, vier Stimmen plätschen und vier Gitarren klappern im Walzerstil. „Jesus über alles, über alles in der Welt!“

Und wieder ein rasch gelernter Singfang: „Wirst du rein? Wirst du rein durch des Lamms Blut?“ — Die Schnürseln an den Schuhen locken sich. Aber das Haben geht weiter. Der Konferenzier liest aus der Bibel vor und tritt den Text breit. Dann überstreicht eine Trompete die singende Versammlung. Und wieder poltern die Knie auf die Dielen. Eine geduschte Stimme betet laut, dann da eine, dort eine.

Trotz offener Fenster schallt die Stimme des Kinnclärters über den Hof. Der Apparat schnurrt. „... Wetter der Liebe ...“ singt das Lied auf. „... hilf ihnen, Herr Jesus, hilf den Sündern in dieser Stunde!“ betet's hier. Aus einer Tasche pottert einer heraus, geht vor zur Bühne, sinkt in die Knie — er tut das alles wie einer, der's schon oft gemacht. Ein Hollsoldat kniet neben ihm und flüstert ihm ins Gewissen.

„Ist noch jemand da, der sich von Sünden frei machen will?“ Der Konferenzier fragt es ein paarmal über die Versammlung hin.

Der schwule Nebel verdunstet. Die Kasse dieses Haberats der Feindseligkeit sieht allein sichtbar. — Münzen flattern auf einem herumgerollten Teller. Das Harmonium dudelt einen Schlussakkord, die Versammlung fällt mißstimig ein.

Das Auge holt sich noch einmal dies und jenes Gesicht aus der Versammlung heraus, in der sich Feindseligkeit, Dummmheit und Geschäftsfähigkeit mischen. Aber nur die lächelnden Nünen einiger Neugieriger lassen keine Zweifel übrig.

Gehörige in der Tür. Dann steht man auf der Straße und schaut auf. Der Humor ordnet die zertrümmerten Flügel. Und dann geht man und spült Widerwillen, Ekel, Angst — alles mit einem Trunk frischblonden Pilsners hinweg. Und ist froh, Menschen lachen und lärmten zu hören.

Pilzkonfessionen.

Die Pilze spielen in der Volksnahrung eine gleichermaßen wichtige Rolle, denn außer Nährstoffen enthalten sie wertvolle Geschmacksstoffe und können wegen der Vielseitigkeit ihrer Anwendung sehr viel Abwechslung in die Kost bringen. Dieses Jahr verspricht ein gutes Pilzjahr zu werden; die Pilze sprechen schon in Waffen. Da denkt mancher Spaziergänger an das Sammeln, denn er möchte gar zu gern einmal ein selbstverdientes Gericht nach Hause zu bringen. Leider aber findet er unter den Millionen von Pilzen da draußen nur selten einmal die bekannten marktfähigen; diese werden eben von den Verkaufsstellen vorweggenommen. Unter den Stachelbeeren sind aber doch noch sehr viele essbare, sogar viele von ungern beschmiedenden Pilzen. Man muss sie nur kennen und kann reichliche Hände machen. Allerdings muss da sehr eindringlich vor leichtsinnigen Sammlern gewarnt werden; jedes Jahr ereignen sich viele Vergiftungen, die bei Vorhalt und Kenntnis zu vermeiden gewesen wären. Um den Pilzfreunden Gelegenheit zu geben, das sichere Bestimmen der Pilze zu erlernen, veranstaltet die Volksbildungsgesellschaft für medizinisch-hygienische Aufklärung im August und September an einigen noch näher zu bestimmenden Wochenendtagenmittagen Pilzkonfessionen. Die Führung und Belehrung hat der bekannte Pilzforscher Lehrer Emil Herrmann übernommen. Wer an den Exkursionen teilnehmen will, kann sich in der Geschäftsstelle der Volksbildungsgesellschaft, Wallstraße 29, Telefon 18300, melden.

Autos und Radfahrerverkehr.

Eine interessante Strafsache beschäftigte in letzter Instanz des sächsischen Oberlandesgerichts. Der Fleischergeselle L. aus Z. fuhr mit einem Kraftfahrzeug durch die Stadt. An einer Straßenkreuzung holte er einen Radfahrer ein, der in mäßigem Tempo fuhr. Der Fleischergeselle gab ein Hupensignal, um den Radfahrer zu veranlassen, mehr nach rechts zu fahren. Der Radfahrer fuhr auch nach rechts, nach Ansicht des Kraftwagenführers über nicht weit genug. Als er den Radfahrer gleichermaßen eingeholt hatte, verfehlte er ihm einen Schlag ins Gesicht, so daß der Mann vom Rad stürzte und sich durch den Fall eine Quetschung des linken Oberschenkels zuzog. Die Fleischergeselle ist wegen dieser Artfehleitung verurteilt worden, da er durch Auherachtlassung der besonderen Sorgfalt, zu der er als Kraftwagenführer verpflichtet war, die Körperverletzung herbeigeführt habe.

Der Angeklagte hat sich nämlich damit verleidigt, dem Radfahrer mit dedhalb den Schlag verfehlt zu haben, um diesen zum Ausweichen zu veranlassen und sich freie Bahn zu schaffen. Das Berufungsgericht hat zwar zugegeben, daß das Verhalten des Angeklagten unter Umständen sich nicht als eine Verleidung der Fahrverpflichten darstellen könne, nämlich dann, wenn als Motiv Anger oder darüber in Frage komme, daß der Radfahrer dem Warnungssignal nicht logisch Folge geleistet habe. Hier habe jedoch der Angeklagte den Schlag verfehlt, um den Radfahrer zum Ausweichen zu veranlassen. Das sei nicht gestattet. Der Angeklagte hätte erneut Hupensignale geben und eventuell anhalten müssen. Das Schlagen stellt sich somit als eine Verleidung der Verpflichtung dar. — Die Revision wurde vom Oberlandesgericht wortlos. Es kommt immer auf den einzelnen Fall an, ob ein Autofahrer, der einen Radfahrer beiseite stoße, dies in seiner Eigenschaft als Kraftwagenführer tue. In vorliegenden Falle reichten die Gestaltungen der Vorinstanz dazu aus. Wenn der Angeklagte aus übergrößer Langsamkeit geschlagen haben wolle, so beweise das erst recht, daß er in Ausübung seines Berufes gehandelt hat.

Geschäftsbetrieb auf der Vogelwiese.

Die Ausübung des Schuhbetriebs jeder Art sowie der Kleinhandel mit Sonnentuch auf der Vogelwiese ist nur denen gestattet, die vom Gewerbeamt besondere Erlaubnis haben. Die Konzessionsgeschäfte sind bis zum 31. Juli im Gewerbeamt A, neues Rathaus, An der Kreuzstraße 5, Zimmer 224, unter Beibringung von Ausweispapieren (Einkommensbescheinigung, Alterndachweis, Platzkarte) einzureichen. Besonders eingehende Schantgeschäfte können Verleidigung nicht finden. — Wer irgendwelche Waren feilbietet will und weder den Gewerbebetrieb ständig hier betreibt und angemeldet hat, noch im Belege eines Handwerkerbetriebes sich befindet und die Wandeerverdecker für das laufende Jahr für das Königreich Sachsen bezahlt hat, bedarf der Genehmigung. Diese ist bei dem Gewerbeamt bis zum 2. August einzuholen. Auswärtige erhalten in der Regel keinen Platz und keine Genehmigung. Heilbieten von Waren, das behördlicher Genehmigung bedarf, aber ohne solche geschickt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Postverkehr.

Einfachsendungen, deren Aufschrift lediglich aus einzelnen Buchstaben besteht, sind im internationalen Verkehr allgemein von der Postförderung ausgeschlossen. Derartige postlagernd adressierte gewöhnliche Briefsendungen werden in den einzelnen Ländern des Weltpostvereins verschieden behandelt. Nicht zulässig sind postlagernd adressierte gewöhnliche Briefsendungen, deren Adresse aus einzelnen Buchstaben oder aus Ziffern besteht, im Verkehr nach Belgien, Brasilien, Columbien, Großbritannien und seinen Besitzungen und Kolonien mit Ausnahme von Australien und Neuseeland, Luxemburg, den Niederlanden und den niederländischen Antillen, den portugiesischen Kolonien, der Republik S. Domingo, den Vereinigten Staaten von Amerika und nach Venezuela. Dagegen sind postlagernd adressierte gewöhnliche Briefsendungen zugelassen: wenn ihre Aufschrift aus einzelnen Buchstaben oder aus Vornamen besteht, im Verkehr nach Argentinien, Australien, Bulgarien, Haiti, Japan, Italien, Mexiko, Neuseeland, Niederland, Spanien, Norwegen, Paraguay, Portugal, Russland, Rumänien, Russland, Siam, Spanien und Uruguay; wenn ihre Aufschrift aus Buchstaben oder Ziffern oder Vornamen gebildet ist, im Verkehr nach Ägypten, Österreich und Bosnien-Herzegowina; wenn ihre Aufschrift aus Buchstaben oder Ziffern besteht, im Verkehr nach Frankreich und den französischen Kolonien; wenn ihre Aufschrift aus Buchstaben, Ziffern, Wörtern oder irgendwelchen Zeichen besteht, im Verkehr nach Schweden; wenn ihre Aufschrift aus Buchstaben, Ziffern, Vornamen oder aus einem Denk- oder Wahlspruch besteht, im Verkehr mit der Schweiz; wenn ihre Aufschrift aus Buchstaben, Ziffern, Wörtern oder aus einem Denk- oder Wahlspruch besteht, im Verkehr nach Ungarn; wenn ihre Aufschrift aus Buchstaben besteht, im Verkehr nach Serbien sowie (nur Briefe und Postkarten) Montenegro, Niederländisch-Indien läßt Vornamen als Aufschrift zu, eine Adresse aus einzelnen Buchstaben aber nur bei Sendungen, die Antworten auf Leistungsaufgaben darstellen.

Reisezeitverkehr.

Wegen des mit Beginn der großen Schulferien zu erwartenden stärkeren Reiseverkehrs wird zur Verhütung von Stockungen des den Bahnhofenausgabe- und Gepäckannahmestellen der größeren Bahnhöfe empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Reisekarten zu lösen und die Gepäckstücke aufzugeben. Zu beachten ist hierbei jedoch, daß eine frühere Aufgabe von Gepäck dann nicht in Frage kommen kann, wenn auf der Bestimmungsstation die Aushändigung des Gepäcks durch den Zugführer erfolgt. Weiter sei darauf hingewiesen, daß es sich empfiehlt, die Gepäckstücke fest zu verpacken, gut zu verschließen und mit Namen und Wohnung des Reisenden sowie Namen des Empfängers und der Bestimmungsstation deutlich zu beschriften, auch im inneren Raum des Gepäckstückes einen Zettel mit gleicher Aufschrift beizulegen, damit bei Abhandenkommen der äußeren Bezeichnung und amtlicher Definition des Gepäckstückes sofort ein Nachweis des Eigentümers gesunden und das Gepäck unverzüglich nachgesandt werden kann.

Verband Sächsischer Elektrizitätswerke. Vor einigen Tagen fand die Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Elektrizitätswerke unter zahlreicher Beteiligung in Dresden statt. Auf der Tagessitzung standen für die sächsischen Elektrizitätswerke außerordentlich wichtige Fragen, unter anderen über den Bau und das Betriebsvermögen von elektrischen Leitungen, Motoranlagen, Beteiligung der vielfach zu Störungen Anlaß gegebenen Erdungsstäbe usw. Die Versammlungen des Verbandes haben in allen Punkten gute Erfolge gezeigt, so daß in Zukunft die Vorrichtungen über Freileitungsbau wesentlich vereinfacht und infolgedessen Erträge an den Baukosten erzielt werden. Das geschätzungsweise Betriebsmitglied des Verbandes ist vom Ministerium als behördlicher Sachverständiger für Freileitungsfragen bestätigt worden.

Straßenbahnausfall. Am Mittwoch nachmittag ist auf der Friedstraße an der Straßenbahn-Endstelle 5 ein Schaffner beim Rangieren zwischen zwei Wagen geraten und hat sich eine schwere Schenkelverletzung zugezogen. Er wurde durch die Polizei ins Friedenshübler Krankenhaus gebracht.

Aufhebung der Hundesperre. In der gestrigen Rotisserie gefragt, daß nach Aufhebung der Hundesperre die Tiere kleinen Maulkorb mehr zu tragen brauchen. Das ist ein Irrtum,

Mit dem Maulkorb müssen die Hunde in Dresden stets versehen sein. Nur brauchen sie nach Wegfall der Sperre nicht mehr an der Leine geführt zu werden.

Luftschiff-Landung. Heute vormittag kurz nach 8 Uhr landeten auf dem hiesigen Flugplatz auf dem Heller die in Döbelitz um 6 Uhr aufgestiegenen Militärschiffer Lieutenant d. Thurn, Oberleutnant Steffen und Lieutenant v. Buttler. Die Flugzeuge werden abmontiert und nach dem Ausstellungspalast gebracht, wo sie zehn Tage lang ausgestellt werden sollen.

Bermischte Nachrichten. Der Baumwolle Hilde, der am dem Freitag in der Vogelwiese feiern soll, ist wieder aus dem Gast entlassen worden. Dennoch scheinen die Verhältnisse gelöst zu sein. — Ein angeblicher Rechtsanwalt Dr. W., der sich auch Kaufmann Schl. nannte, ließ sich in mehreren Schuhwarengeschäften Damensiefel zum Auswahl vorlegen und ersuchte, ihm von verschiedenen Paaren je einen rechten oben liegen Schuh mit nach Hause zu geben. Dorthin wollte er sie seiner Schwester zur Ansicht bringen. Wurde seinem Anfragen entsprochen, so verschwand er mit seiner Brüder, ohne je wieder etwas von sich hören zu lassen. Der junge Mann ist nunmehr ermittelt worden. In seinem Besitz fanden sich ein richtiges Warenlager von Damenstiefeln und Damenschuhen.

Aus der Umgebung.

Laubegast. An der Flutgrenze, hinter der Gärtnertel Meischa, wurde der 53 Jahre alte Individuus Jäger aus Laubegast erhangt aufgefunden. Der Grund zum Selbstmord dürfte in Schwermut zu suchen sein.

Streit. Beim Ausschachten für den Wohnbaubau der Bausgesellschaft für das Personal der Staatsseisenbahn an der Schulstraße in Steglitz wurden am Dienstag wieder eine Anzahl alte Urnen sowie auch mehrere Metallschmuckgegenstände gefunden.

Oberpeiterwitz. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Gasthof öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Döhlen. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Sitzungssaale, alte Schule, öffentliche Gemeinderatssitzung.

Wilsdorf. Freitag den 11. Juli, abends 1½ Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung.

Tharandt. Das Schlossgericht verurteilte den Studierenden an der Hochschule Freiherrn v. Stein, der russischer Staatsangehöriger ist, wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung, Widerstands und Beleidigung zu 300 M. Strafe oder 2 Monaten Gefängnis.

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Rotisserie.

Wegen dieses Verbrechens bot sich der hier wohnende Kutschermann Karl Friedrich Gustav Jäger zu verantworten. Der Verleger, an der sich der etwa 60jährige Angeklagte verging, ist die Frau eines Eisenbahnarbeiters. Nach dem Bahrbruch der Geschworenen erfuhr das Gericht auf 1 Jahr Justizhaus und 5 Jahre Ehrenheitsverlust.

Landgericht.

Im Januar d. J. gelang es der Polizei, im der Wiederaufbau Strafe ein Rest von Tabakbeuteln aufzunehmen. Vor dem Richter standen der 25 Jahre alte Tabakschneider Moritz Klinglas, dessen 17jähriger Bruder Joseph und deren 12jährige Mutter. Jeweils der damals mit Festgenommenen sind schon verurteilt und zwei sind in der Frei- und Sicherheitshaft untergebracht, sie spielen dort den wilden Mann. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Joseph K. am 19. August d. J. vor dem Barenhaus Herzfeld einer Dame ein Geldbörse, in dem sich 33 M. und ein Paar Örtlinge befanden, ferner alle gemeinschaftlich am 17. und 28. Dezember flüssiges Geld verbraucht und dabei mindestens fünf Portemonnaies mit prächtigen Geldbeträgen geklauten haben. Ferner soll Joseph K. eines Tages im Dezember in Berlin in der Juweliendroste einer Dame das Portemonnaie mit 34 M. geklaut haben. Die Mutter steht wegen Hehlerei unter Anklage, da sie in ihrer Wohnung Unterstand und Gelegenheit zur Verbergung der Diebstähle geboten haben soll. Die ganze Geschichte kommt aus Warschau. Das Urteil lautet bei Moritz K. auf 6, bei Joseph auf 5 und bei der Mutter wegen einiger Hehlerei auf 2 Monaten Gefängnis. Bei K. und der Mutter, die schon fünf Monate in Haft waren (!), gilt die Strafe als verbüßt.

Schöffengericht.

Gegen die naturgemäße Heilmethode. Wegen „praktischer Anwendung“ eines Heilmittels hatte sich der Chirurg Dr. med. Friederich Coleman zu verantworten. Der Angeklagte ist der ärztliche Leiter eines über ganz Deutschland vertretenen Unternehmens, das sich mit der Herstellung von Bruchbändern und der Behandlung von Bruchleidenden nach einem ganz besonderen von einem Arzt erfinden Schleim (Metzelle Schele) befaßt. In Zeitungsbeilagen wird Bruchheilung ohne Operation auf naturgemäßem Wege, ohne Verstärkung und ohne schmerzhafte Einspritzung angekündigt. Der Praktiker enthält jedoch die einschränkende Bemerkung: „Sich Patienten, welche für die Behandlung nicht eignen, werden beim ersten Besuch darüber aufgeklärt. Sie nicht in Behandlung tretende Patienten ist die erste Konultation kostenlos.“ Die Methode Schele geht davon aus, daß ein vorhandener Bruch auf natürlichem Wege durch Zusammenwachsen der Bruchenden von selbst wieder heilt. Dieses Heilen besteht wird lediglich durch die Behandlung angeregt und unterstützt. Auf denselben Prinzipien ist eine dritte vielleicht ähnliche Methode aufgebaut, wonach z. B. bei einem Beinbruch in der Bruchgegend durch Alkoholeinspritzungen eine Entzündung des Bruches hervergeufen und der Bruch durch ein Bruchband zurückgebracht wird. Durch die Entzündung wird eine erhöhte Blutzufuhr nach der Körperfalte hervergeufen und somit ein schnelles Zusammensetzen der Bruchenden ermöglicht. Die Alkoholeinspritzungen sind jedoch nicht ohne Gefahr und ohne Schmerzen. Die vom Angeklagten angewandte Methode besteht neben der Anlegung eines Bruchbandes in der dauernden u. starke Einwirkung auf die Bruchstelle mittels einer reizenden Tinktur, wodurch der gleiche Erfolg ohne die schädlichen Nebenwirkungen und eine bessere Heilung erzielt werden soll. Nach dem Gutachten des Stadtgerichts-ärztes Dr. Leonhardt hat diese Behandlungsmethode jedoch keinen großen Wert. Bei der Stellung von Beweisanträgen übermittelte der Vertreter des Angeklagten aber sehr zahlreiches Material über nachgewiesene herverzogene Heilfolge mit dieser Methode (die zum Teil gerichtlich nachgewiesen sind), daß der Sachverständige die Gutachten wesentlich einschränken muß. Er erklärt über die Methoden des Angeklagten kein Urteil abgeben zu können, weil er noch keine Gelegenheit hatte, sie näher zu prüfen. Da obwohl auch der Befragung des Praktikers nach Ansicht des Gerichts eine proberische Anwendung nicht hervorgeht, erkennt das Gericht auf kostspielige Anwendung.

Blinder Alarm.

Der Kellner Max Willi Kölle wurde bereits im Jahre 1911 wegen Einschlägen eines Haarmelders und Klärung der Beweise zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. In der Nacht zum 24. Juni flog er erneut die Schelle an dem Haarmelder an der südländischen

leitete nicht
8 Uhr
er die in
Beutmont
tar. Die
ungspräfekt
allen.

der an
sein soll,
scheinen
Rechts.
lief sich
Auswahl
je einen
Dorthin
Wurde
mit seiner
sen. Der
em Westhe
damen.

Gärtnerel
as Laubh.
ord darf sie

nsneubau
nbahn an
eder eine
llschmiede

8 Uhr,
tt.
Sitzungs-
1/2 Uhr,
1 Studie-
russischer
Röder-
n. Straße

die Verba-
Verleih-
Kauf eines
ersamme
Verlust

Bildraffter
em Abge-
as, deßen
Zwei der
wei sind in
den wilden
dass Joseph
ner Domä-
erkring de-
Dezember
end ih
haben.
lin in der
geführten
da sie in
rgung der
am aus
sieg auf 5
achen Ge-
e in Haft

hatte bis

den. Der
land ver-
der Brud-
nem ganz
eine Gabe)
Operation
meigefoste
die ein-
ir die Be-
über auf-
die erste
aus, das
zusammen-
selbst Hell-
nd unter-
in der
der Band-
Blaubüch-
Aeres Pa-
prungen
om Au-
eines
auf die
gleiche Er-
eines Aus-
eigebiete-
seinen
bermittelt
Material
Methode
verhängige
über die
well es
oben die
eine ericht auf

ahre 1911
er Feuer-
24. Juni
pädagogis

zell und Pflegeanstalt ein und zog am Grif. Es zügte denn auch innerhalb ein Zuschlag mit drei Wagen an. Nach der Tat gug der Angeklagte fröhlich zur Polizei und zeigte sich an, wo bei er verlangte, sich auf diese Weise nur ein Unrecht kommen zu schaffen. (1) Seinen Wunsch wurde entsprochen, und das Gericht verurteilte ihn jetzt zu 8 Wochen Gefängnis.

Der zweiten Sachbeschuldigung hatte sich der Mattheiser gegen Max Rößinger zu verantworten. Er schlug in der Nacht am 12. Mai die Scheibe des Feuerwehrs an der Hauptmarkthalle ein, alarmierte aber wenigstens nicht die Feuerwehr. Er kommt mit 20 M. Geldstrafe davon.

Einen großen Vertrauensmissbrauch gelegte der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Koch Paul Hart-Johann Röder. Er reichte am 18. Oktober 1911 von einem Möbelhändler ein Spartenkonto mit 32 M. Einlage und einen Betrag von 100 M. mit dem Auftrag, die 100 M. in das Buch auf der Spartenkonto einzuzahlen. Statt dessen hob der Angestellte vor der Einlage noch 30 M. ab und lachte mit dem Geldes das Weisse. Er glaubte jetzt, es wäre nach so langer Zeit Gras über die Geschichte gewachsen, hätte sich aber getäuscht. Wegen Unterschlagung verurteilte man ihn zu 2 Monaten Gefängnis.

Generalmäßige Betriebsvermittlung wurde dem Kellner Bernhard Kurt Velpflger und dem Kauflmann Otto Hart-Velpflger zur Wahl gelegt. Die Betriebsaufnahme ergab, daß die Angestellten weder durch Weitere für deutsche und französische Kunden genutzt werden. Velpflger wurde zu 600 M. oder 60 Tagen Gefängnis, Velpflger zu 200 M. oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Wichtiger ordentlicher Verbandstag des Verbundes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

k. r. Bremen, 8. Juli.
Der Vorherrnde Bismarck eröffnete um 9 Uhr morgens die Ver-
handlung. Begrüßungstelegramme liegen vor aus Berlin und
vom Verbandstag bei zunächst über die Frage zu entscheiden,
ob der Bezirksleiter Buchlow (Magdeburg) und Järf (Nürnberg) mit
einer Stimme zugelassen werden sollen. Ein dahingehender
Antwort des Vorstandes wird nach einer lebhaften Debatte mit Pro-
und Gegenstimmen angenommen.

Der Vorherrnde begrüßt sowohl die Vertreter des Nürnberger
Gewerbevereins. Ein Vertreter dieser Organisation dankt für den
warmherigen Empfang und erklärt, daß die anwesenden Vertreter
als vertrieben wurden, damit sich der Nürnberger Gewerbeverein
in früherer Zeit dem Verbande der freien Gast- und Schankwirte
angefügt.

An die Haushaltungskommission werden gewählt: Kettin

bei d. Hof (Frankfurt a. M.) und Schulze (Hamburg).
Der Hauptpflichtier Siente geht hierauf den Haushalt.
Die Kasse hat im Berichtsjahr eine Mehreinnahme von 33 406,64
Mark zu verzeichnen. Das Gesamtbetragen beträgt 186 310,38
Mark. Die Zahl der Mitglieder beträgt 7944, das
bedeutet einen Zuwachs von 1824 Mitgliedern. Bei Anträgen auf
Haushaltserhöhung werde häufig der Fehler gemacht, daß das Mittel
nicht mit eingeschlossen werde. Die Hauptpflichtie hätte einen
Zuständigkeitschein mehr im Besitz, wenn alle Verwaltungsstellen die
Zulassung beantragt hätten. Es müsse mehr Energie ange-
strengt werden, damit alle Verbandsvertreter bezahlt würden.

Wulf (Stettin) ist der Ansicht, daß die Delegiertenmarken ab-
geschafft werden müssen. - Gebhard (Nürnberg) teilt mit, daß in
einer Nachstelle die rückständigen Delegiertenmarken in nächster Zeit
entfernt werden sollen. - Bismarck (Berlin) erklärt, daß der Vorstand
in der Statutenberatung einen Antrag stellen werde, wonach die
Komiteekräfte umgedeutet werden sollen in Wocheneinheiten.
Zum Verbandstag dienen Antrag anzunehmen, sei es möglich, die
Delegiertenmarken anzuschaffen. - Auf Antrag Obiglio (Berlin)
wurde die Debatte über den Haushalt geschlossen und genehmigt,

der Vorherrnde Bismarck eröffnete hierauf zunächst den allge-
meinen Bericht. Er fügt seinen gestrigen Mitteilungen hinzu, daß
es zwischen den Ministern des Innern eine Verordnung erlassen habe,
daß auf den Abschnitt von Bierländern an Jugendliche beigelegt
sei, als ob der jüdische Minister den Anträgen, die im
Antrage zur Aenderung der Gewerbeordnung vorliegen, voraus-
sah. Die im Reichstag stattgefundenen Debatten über den
Ministerkonsort haben den Widerstand ein ausgezeichnetes Material ge-
geben. Der General u. Handel sei bei der Debatte gegangen
norden, ein Schreiben des Deutschen Gastmärktebands zu ver-
treten, aus dem hervorgeht, daß dieser Verband sich wohl gegen den
Ministerkonsort erhobt habe, aber nicht so weit gehe, daß auch die
jungen Worte von dem Postamt verschont werden sollen, bei denen
wiederholt gleichzeitig Sozialdemokraten verfehlten. Eine nachahmungswerte
Position habe die Stadt Wien in ihr Ortsstatut aufgenommen.
Zudem seien die Worte von einer militärischen Einquartierung ver-
boten, über deren Vorfall der Militärkonsort verhängt worden sei.
Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter seien überall zu bitten,
dieser einzutreten, daß einer gleichen Bestimmung in allen Ge-
meinden Geltung verschafft werde.

Schnorr geht dann das näheren auf die vom Verband geleisteten
Unterstützungen ein. Neben die Höhe der geleisteten Unterstützungen
folgen die Bereitschaft berichtet. Bismarck kommt zu dem Resultat, daß
seine Wirtschaftorganisation so viel für die Beiträge leiste, wie der
Verband der freien Gast- und Schankwirte. Der Vorstand werde
zum Ende des Verbandstags bei der Statutenberatung er-
scheinen, alle Anträge abzulehnen, monatlich die Unterstützungs-
entnahmen erweitert werden sollen. Sollte der Verbandstag
nicht entscheiden, so müßten die Beiträge erhöht werden.

Nedner macht jedoch eine ganze Reihe von Fällen bekannt,
in denen der Verband Rechtschafftung gewährt hat. Herner verteidigt
Bismarck auf einen Weißdruck des Vorstandes des Arbeiter-Kaufha-
rundes. Danach sollen Einzelhändler nur noch an Mitglieder des
Verbandes der freien Gast- und Schankwirte vergeben werden. Der
Vorstand bittet am Schlüsse seiner Ausführungen, zu prüfen, ob
der Vorstand im letzten Jahre immer das Richtige getroffen habe.
(Fazit.)

Den Bericht der Kontrollkommission gibt Gerde (Hamburg).
Die Kommission habe im letzten Jahre ein leidliches Arbeitseinkommen
unterstützungssache seien im Berichtsjahr in reichlichem Maße an
die Kommission verantragten. Als unverhüllt sei die Beschwerde
der Kölner Mitglieder gegen den Verbandwohlfahrenden befunden
worden. Den Anlaß zu dieser Beschwerde habe die Ausstellung der
höheren Verbandsmitglieder gegeben. So sei an der Zeit, daß der
Verbandtag einmal mit dem Ausstellungsumwissen aufzähme. (Bes-
höhe Zustimmung.) Es seien auch Beschwerden darüber eingegangen,
daß der Vorstand und der Vorsteher zu viel auf Reisen
seien. Aus ökonomischen Gründen seien solche Reisen notwendig
gewesen. Nedner beantragt am Schlüsse seiner Ausführungen, dem
höheren Debitore zu erläutern.

Auf der Mittagspause wird von der Mandatsprüfungskom-
mission Bericht erstellt. Die Kommission führt sämtliche Mandate
für gültig zu erklären. Der Verbandstag kommt dem zu. - Mit
dem Geschäftsbereich werden gleichzeitig alle Anträge zur Debatte
gestellt, die sich auf die Einführung einer Kontrollunterstützung be-
ziehen. In der meiststündigen Diskussion wird von den Delegierten
namentlich auf die östlichen Verhältnisse Bezug genommen. Die
Debatte wird durch die Annahme eines Schlußantrages beendet.
Der Verbandstag genehmigt jedoch Johann Elstamms folgende Resolution:
„Der obige ordentliche Verbandstag der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands zu Bremen stimmt mit Zustimmung
des dem dictatorischen Vorzeichen des Schuhverbandes der
vereinigten Gewerbetreibenden Altenbergschule, welche der selbe in der
Zeit der Schwimmwache eintritt. Auch der Verbandstag hält
an dem Beschuß fest, den Kollegen die Zurückhaltung des Gläser
zu empfehlen. Im Anbericht bestellt daß der Schuhverband der ver-

einigten Brauereien vor seinem Gewerkschaft zurückzuhören. Kollegen
ihren Packvertrag hindigt, und so Einstand und Not über eine Anzahl
Kollegen bringt, wird der Verband seinen Mitgliedern im Kampfe
zur Erhaltung ihrer Existenz die weitgehende Unterstützung zu teil
werden lassen. Der Verbandstag betrachtet den Kampf der bürgerlichen
Kollegen gegen das Braukapital als eine Pflichtfrage und spricht seine
volle Sympathie aus. Zugleich erwartet der Verbandstag, daß
Partei und Gewerkschaften in diesem Kampfe der Gastlichkeit mit
den Brauereien keine Entscheidung treffen, vielmehr die Streitfache
den Gastwirten selbst überlassen. Der Hauptvorstand wird beauftragt,
sich mit den zuständigen Instanzen unverzüglich in Ver-
bindung zu setzen.“

Da die Statutenberatungskommission wurden gewählt: Mathes
(Berlin, Ost) (Schöneberg), Diepg (Leipzig), Grönwald (Hamburg),
Emmer (Halle), Obiglio (Berlin), Grünau (Bremerhaven), Geb-
hard (Nürnberg), Grand (Frankfurt a. R.).

In die Beschwerdekommission mußte der Verbandstag:

Pietz (Berlin), Kübel (Berlin), Conrebt (Mainz), Emmer (Halle)

a. d. S. Will (Stettin).

Ein Antrag die Tagesschäfer von 15 M. auf 20 M. zu er-
höhen, wird der Statutenberatungskommission zur Prüfung über-
wiesen. Eingegangen sind noch Begrüßungstelegramme von den
Verwaltungsstellen in Stettin, Bremerhaven und Lichtenberg.

Um 7½ Uhr werden die Verhandlungen auf Donnerstag
morgen 9 Uhr fortgesetzt. Wegen Mittwoch findet keine Sitzung statt,
weil die Teilnehmer des Verbandstages eine Dampfersfahrt in See
machen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Massenmord in Südafrika.

L. K. London, 7. Juli.

Was sich in den letzten Tagen in Transvaal zutreffend gezeigt hat,
ist förmlich ein neuer Krieg. Diesmal nicht ein Krieg zwischen zwei
Nationen, sondern ein Krieg zwischen zwei Stämmen. Aber es sind
dieselben Elemente, die aus unerlässlicher Bedeutung den infamen
Kurenkrieg angezettelt haben, die nun aus gleichen Motiven die
furchtbare Arbeitermeute in Johannesburg provoziert und ange-
ordnet haben. Den harastraubenden Berichten von Anarchie, Mob-
herrschaft, Brandstiftung und Plunderung, von denen die englische
Presse überfüllt steht, steht die Lüge auf den Sternen geschrieben. Man
kennt die Weise, man kennt den Text. Man erinnere sich nur der
jahe lang systematisch betriebenen Lügenkampagne, durch die die
selben Herren die Suren vor England und Europa als die un-
menschlichsten Schusale hinzustellen suchten, um die rechte Stim-
mung für ihren Raubzug zu erzeugen. Die Raublords, gegen deren
Ausbeutungsbetrieb die Grubenarbeiter rebellieren, beherrschten
nicht nur die Regierung, Polizei und das Militär, sondern auch die
Presse, und vor allem die Telegraphenagenturen. Es wird deshalb
natürlich noch einige Zeit dauern, bis die Welt aus unab-
hängigen Quellen ein einigermaßen wahrheitsgetreues Bild von der
Schreckensherrschaft der letzten Tage haben wird. Nur ist jedenfalls,
daß die Soldaten bei verschiedenen Anlässen tödläufig in wecklose
Mengen hineingeschossen hat und daß mindestens 40 Tote
und eine viel größere Zahl von Verwundeten auf
dem Schlachtfeld geblieben sind.

Der direkte Anlaß des Gemetzes war die eigenmächtige Kon-
fiszierung des Versammlungsbreichs durch die Behörden. Sie mochten
sich dabei ein altes Gesetz zunutzen, das die frühere Transvaal-
Republik zur Unterdrückung der hochverrätlerischen Agitation der
Minenarbeiter einführt und das von diesen Minenarbeitern damals
als das verworfenste Gewaltmittel benutzt wurde. Nach diesem
Gesetz kann eine Ansammlung von mehr als sechs Personen an
einem öffentlichen Orte verboten werden. Findet die Ansammlung
doch statt, dann kann das herbeigerufenen Militär ohne jede andere
Warnung als das Blasen einer Trompete auf die Versammelten feuern. Am Freitag nachmittag sollte eine Versammlung der Arbeiter-
föderation stattfinden. Die Behörden verhinderten dies durch
eine Anordnung von mehr als sechs Personen an einem öffentlichen
Orte verboten werden. Daß die Versammlung nicht stattgefunden habe, ist
aber nicht mit eingeschlossen. Die Behörden haben die Versammlung
durch die Verhinderung der Arbeitserlaubnis aufgelöst. Findet die Ansammlung
doch statt, dann kann das herbeigerufenen Militär ohne jede andere
Warnung als das Blasen einer Trompete auf die Versammelten feuern.

Am Freitag nachmittag sollte eine Versammlung der Arbeiter-
föderation auf dem Marktplatz von Johannesburg stattfinden.
Wittags verboten die Behörden die Versammlung auf Grund des
erwähnten Gesetzes. Da die Arbeiter von dem Verbot keine Kennt-
nis hatten, versammelten sie sich nach verabredeter Stunde. Sie fan-
den den Platz mit Truppen besetzt. Auf Veranlassung der Arbeiter-
föderation wurde die Versammlung jedoch gesetzlich unter
der Bedingung, daß die Redner die Menge beschwichtigen würden.
Nach dem Urteil des Militärs taten die Redner dies jedoch nicht
und die Führer leiteten daraus das Recht her, die Versammlung trotz
der Schreckschüsse gewaltsam auseinander zu treiben. Darauf
folgte das Blutbad.

Der liberale Abgeordnete Outhwaite, der den Streit der
südafrikanischen Minenarbeiter durch die Verwaltung der Reichsbahn-
bahnen im Elsass lädt die Verwaltung der Reichsbahn-
bahnen im Elsass-Lothringen umfangreiche Gebärdungen auszuführen.
Die ausführende Firma ist die Eisenbahn-Aktiengesellschaft Julius
Berger-Berlin.

Seit dem 9. Juni haben nun 150 Arbeiter die Arbeit bort
eingeholt. Die Firma hat darauf lange vergeblich ver sucht, arbeits-
willige Ausländer zu den Arbeiten heranzuladen. Erst am Freitag
den 4. Juli hat die 40 Arbeiter in das Eisenbahngebiet transpor tiert
können; jedenfalls ist sie dabei von der Eisenbahnverwaltung unter-
stellt worden, die es jederzeit möglich machen kann, von einer kleinen,
unbewohnten Station die Wagen mit den Arbeitswilligen nach dem
Eisenbahngebiet zu rangieren. Das Vorhandensein der Arbeitswilligen und
die hohe Schu, die die Firma vorgeht, und der ungewöhnlich
hohe Schu, den die Firma durch die Polizei gerichtet hat, man die
streikenden Arbeiter und die gesamten Arbeiter von Wülhausen über-
haupt endigt.

In den letzten Tagen ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen
die Polizei gestopft ist. Da auch Militär wurde requiriert. Vielleicht
werden auch die Gerichte in Tätigkeits treten. Da hat denn die
Reichsregierung ein Recht, zu erfordern, worauf der Streit am Nord-
bahnhof in Wülhausen entstanden ist. Die Ursache des Streits
ist, daß die Arbeiter nur um die Annahme des Tarifvertrags im
Baugewerbe kämpfen.

In Wülhausen i. E. gilt der Tarifvertrag für das britische
Baugewerbe. Der Lohn ist auf 56 Pf. pro Stunde festgesetzt. Die
Firma Berger zahlt aber nur 39 Pf. bis 42 Pf. pro Stunde. Wehr-
holtz wurden Beamte des Bauarbeiterverbandes bei dem Vertreter
der Firma vorstellt, sie zahlt doch den Tariflohn zahlen. Über alles
half nichts, die Firma lehnte hochstiftig alles ab. Da reichte die
Reichsregierung der Bauarbeiterverbandes ein längeres Gespräch bei der
Generaldirektion der Reichsbahnen ein mit der Bitte, die
Generaldirektion möge annehmen, daß die Tarifverträge eine legiti-
matische Einigung seien, und der Firma dringend anbeflehen, den
Tarifvertrag für Wülhausen einzuhalten. Die Reichsregierung glaubte,
daß durch Vermittlung der Generaldirektion die Firma Berger zu
bewegen sei, den Tarifvertrag anzuerkennen. Ja, die Reichsregierung
des Bauarbeiterverbandes für Elsass-Lothringen glaubte sogar, eine
Staatsbehörde, wie die Generaldirektion der Reichsbahnen, würde all ihren Einsatz ausüben, um die tariflichen Abmachungen zu
schützen. Statt dessen schied die Generaldirektion nach zehn Tagen
gut.

Wie sind zu unserm Bedauern nicht in der Lage, auf die
Firma Berger in dem gewohnten Sinne einzutreten. Weder
möchten wir, abgesehen davon, daß uns der Vertreter der Firma ab-
geschlossen Vertrag kein Handhabe dazu bietet, die
Regelung des Arbeitsvertrags, somit nicht geplante Vorrichtungen
im Falle eines Streiks zu erledigen. Vielleicht werden die
Behörden die Firma einzuhalten. Die Reichsregierung ist dem-
selben Eindruck. Die Behörden eingehen, der Tarifvertrag ist dem-
selben Eindruck.

Das Schreiben nimmt eine unglaubliche Abneigungslösung in
wirtschaftlichen Dingen und gibt Zeugnis von einer großen Gleich-
gültigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Kräften. Der mit der Firma
abgeschlossene Vertrag bietet also keine Handhabe, in Fragen
einen Einfluß auf die Firma auszuüben. Die Reichsregierung ist dem-
selben Eindruck. Und das zu einer Zeit, wo alle Welt wissen muß, daß die Wöhne im
Baugewerbe tariflich geregelt sind! Warum schreibt die Behörden nicht dar, daß der Arbeit nicht
niedergelassen wird? Der 3. des Tarifvertrags für das Baugewerbe ver-
pflichtet sie dazu. Dieser lautet:

„Die betriebschließenden Parteien verpflichten sich, keinen
ganzen Einstieg zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses
Tarifvertrags sowie der auf Grund des angefügten Vertrags-
musters abgeschlossenen und von ihnen genehmigten breitlichen Ver-
träge einzugehen. Der 3. day gegen oder Umgehungen
nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere seine im Übers-
spruch hiermit austretenden Aussichten, Streiks und Aus-
sprüchen oder sonstige Maßnahmen legen die zu unterdrücken.“

So entstand der Streit am Nordbahnhof in Wülhausen. Wer
trägt die Schuld? Diese Frage kann nach vorstehenden Tats-
tichen sich jeder leicht selbst beantworten.

maschinen den fast sichereren Tod bedeutet. Man ver-
steht nun, warum sich diese Todesgeweihten mit solcher Leidenschaft
vor die Gewebe der Soldatenstafel stürzen! Sieh

Neues aus aller Welt.**Der ehemalige Staatsanwalt als Steuerhinterzieher.**

aus einer Berliner Korrespondenz teilt die Königliche Volkszeitung mit: "Der Steuerverwaltung von Charlottenburg ist zuletzt ein unerwarteter Vertrag, mit dem sie vorher nicht rechnen konnte, zugegangen. Gegen Ende des vorigen Jahres stand der Geheimrat Wachler, der zu Lebzeiten im deutschen Geschäftsbüro eine große Rolle spielte. Bei der Regierung seines nicht geringen Radikalismus wurde die Ausseraufsicht der Steuerbehörde ergründet, die schließlich auch feststellte, daß der Verlobte lange Jahre in seiner Steuerpflicht in großem Maße entzogen hatte. Die Herren wußten denn auch 376 000 M. nachzahlen, und zwar 16 000 M. als Strafzölle und 360 000 M. in den letzten fünf Jahren zu wenig bezahlte Steuern. Unterzogene Steuern brachten im Falle der Entdeckung nur für die letzten fünf Jahre nachgezahlt zu werden; es wurde aber festgestellt, daß Wachler in und etwa 15 Jahren lang kein Einkommen viel zu niedrig eingeschätzt hat; er hat im ganzen fast eine Million Steuern zu wenig gezahlt. Wachler war erst Staatsanwalt, wurde später von dem Justizministerium zum Generaldirektor seiner Unternehmung gemacht und trat so in ausgezeichnete Beziehungen zur deutschen Hochkönig. Vier Jahre war er stellvertretender Ausschäftsatsvorstand des Preußischen Bank und wurde schließlich auch vom König ins Herrenhaus berufen."

Wie oft mag der Herr Staatsanwalt, der den Staat so schändlich betrogen hat, als glühender Patriot gegen die „Kunstszüge“ gekämpft haben?!

Untertanen.

Ein Dabener Schriftsteller der Frankfurter Zeitung folgendes Neues berichtet auf der Bahn: Ein Edelzug fährt von Heidelberg nach Mannheim. Ein Salonzugwagen ist angehängt, in dem sich die Großherzogin Luise auf befindet. In Kreisberghof geht der Schaffner durch alle Wagen und sagt in nördlichem Tone: „In Mannheim

niemand aufsteigen, bis die Großherzogin Luise den Zug verlassen hat!“

In Mannheim fährt der Zug langsam ein, alle Passagierte steigen die Treppe zum Fenster hinaus. Edel wird am Hofwagen ein Trittbrett heruntergelassen, der Wagenmeister mit einem mächtigen Bajett und noch einige hohe Beamte stehen vor dem Hofwagen und machen ihre Anzüge.

Zur letzten Wagen will ein rothaariger Mann heraus, der Schaffner springt herbei und wehrt es ihm. „Sie lasse Sie mich doch raus, ich habe wichtige Geschäfte!“ ruft jener. „Niemand darf raus.“ schreit der Schaffner, „dort vorne ist die Großherzogin, und da darf niemand raus.“ „Als sag' Ihnen, ich geh' raus.“ schreit der Postagler. „Ich hab' ja nie dagegesei, daß du vorne die Großherzogin is, aber ich hab' Geschäfte und geh' raus.“ — „Sie bleibe drinn.“ — „Ich geh' raus.“ — „Um Sie bleibt drinn.“ Da macht der Mann die Tür auf, der Schaffner schlägt sie wieder zu; es füreht noch einer, er muß auch raus. Mit einem Ruck fliegt die Tür wieder auf und der Postagler steht auf dem Perron und schreit aus Leibeskräften: „Ich bin doch kein Schaf, daß Sie mich mit raus lasse, ich hab' zu tun in Mannheim und daß' gut zig dagege, daß da vorne die Großherzogin is und daß' die Ämter deshalb all' mit raus seien, oder ich hab' Geschäfte.“ schreit er fort und lohnt und geht dabei durch die Spalte. Wie er schon durchgegangen ist, ruft ihm der Schaffner nach: „Now, now will Ihnen meinsegre durchsch'n los.“ Da lacht der Postagler laut auf und ruft „Danke schön!“

Die übrigen Fahrgäste wachten, was geschehen. Untertanen zieht und blieben auf ihren vier Poststühlen sitzen, bis „dort vorne“ die allzugläufige Großherzogin den Zug verlassen hatte.

Bergmannslos.

Eben a. d. Uhr, 9. Juli. Auf der Zelle Adolf v. Hausemann wurden zwei Beamte verhaftet und sofort getötet.

Von einem Polizisten erschossen.

Eigelburg bei St. Gallen, 7. Juli. Der deutsche Telefoteur Karl Wan aus Stuttgart wurde heute, als er in das Telefon-

gebäude in Bittenbach eingebrochen war, von einem Polizeibeamten, den er mit dem Seitengewehr schwer verlegt hatte, erschossen.

Vier Todesprünge.

München, 9. Juli. In der Großhesseloher Vorstadt, die als Selbstmordbrücke zu einer traurigen Berühmtheit gelangt ist, hat sich heute wieder ein Drama abgespielt. Eine Familie von vier Personen ging dort in den Tod. Erstere hängte sich die Mutter, eine etwa vierzig Jahre alte Frau, mit ihrer vierjährigen Tochter von der Brücke herab. Die Frau und das Kind fielen auf den Hochwasserdamms. Die Mutter war sofort tot, das Kind starb nach wenigen Minuten. Kura darauf stürzte sich der Vater mit seinem Sohn von der Brücke hinab. Beide waren gleichzeitig tot. Die Leichen wurden von den Fluten der Isar weggeschwemmt und später geborgen. Papiere wurden bei den Toten nicht vorgefunden, so daß ihre Identität nicht festgestellt werden konnten.

Audemars Berlin-Paris-Flug gestoppt.

Wanne, 9. Juli. Der Flieger Audemars passierte noch hier eingetragene telephonische Niedungen um 4½ Uhr vormittags Hannover im 1800 Meter Höhe. Der Flieger kämpfte schwer gegen den Sturm an. Um 5½ Uhr überflog er in 1200 Meter Höhe Vielefeld in der Richtung nach Hamm. Bald darauf traf hier die Niedigung ein, daß Audemars bei Gütersloh landen mußte. Bei der Landung wurde der Propeller zerkrümmt. Audemars hat bereits mit der Bahn die Rückreise nach Berlin angetreten.

Bereitskalender für Freitag.

Metallarbeiterverband Schmiedeberg. Abends 6½ Uhr Generalversammlung im Gasthof zu Schmiedeberg.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Abends 8½ Uhr Generalversammlung im Sollhaus.

Naturheilverein im Plauenschen Grunde. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Luftbad.

Inventur- Ausverkauf. Residenz-Kaufhaus

Gm bH

Beginn: Dienstag den 15. Juli, morgens 8 Uhr

Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet
die Gelegenheit, in der

„Blitz“-**Reinigungsanstalt**

Schloßstraße 4, I.
sich mit gebrauchter, mo-
derner Kleidung zu versehen.
Sie bieten sich für jedermann
große Vorteile, da sich die
Garderoben durch besonders
gute Bearbeitung u. indest-
losen Eigenschaften empfehlen.

dienstlich gereinigte**Maß-Anzüge**

10, 15, 20 M. usw.
Maß-Paleto

8, 12, 18 M. usw.
und neue Garderoben.

„Blitz“-Reinigungsanstalt

Dresden-A. Schloßstr. 4, I.
neben Café Central. [A 32]

Rath [A 34]
Feierabend
ist es nötig, den
Körper
zu stärken und die
Nerven
zu kräftigen.
Das wohlsame
Labsal
ist unfehlbar.

Spielhagens**Tranbentweine.**

Dieselben sind in bezug
auf Qualität
anerkannt billig.

1½ fl. M. infl.

Rot- u. Weißwein — 30

Spanischer, rot, füll. 1,25

Älter Portwein

feurig — 2—

Malaga, schwer, füll. 1,20

Bermentwein —

wein — 1,35

C. Spielhagen

Hausstr. 9. Berliner Str. 9.



Diamantine
unser Stiefelkunst.

A 174] Fabrikant: Rub. Stiefel in Melle.

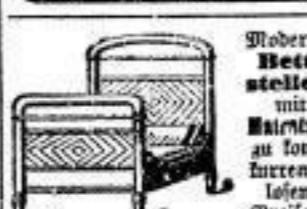
Für die Schulerien!

ca. 200 Stück

Knaben-Anzüge

für jedes Alter passend,
im einzelnen zu jedem
annehmbaren Preis zu
verkaufen. [A 174]

E. Schröter, Dresden-A.
Frauenstr. 1. Et. Schlossergasse



Moderne Bett-
stellen
mit
Matratzen
zu kon-
kurrenz-
losen
Preisen.

Tränkers Möbelhaus,

Görlitzer Straße 21/23.

Engl. Bettst. m. Staubfr. Matratz.
auch nach Maß, beide Vollierung.

Sofas, einzelne Möbel

kauf man billig und solid bei
Br. Rößler, Schillerstraße 12

(Teilel. gefert., auch. auf Maß)

Möbel

Brotz-Ausstattungen a 260,
400, 600, 800, 1000 M. usw.
in geübter, moderner Aus-
führung. Komplett: Wohn-,
Schlafl- und Speisezimmer.
Trumeaus a 25, Büffets a
35 M. an. Tische, Stühle,
Bettlos, Schränke, Sofas,
Schränken, Matratzen.
Große Auswahl!
Billige Preise!

Friedrich Kandler
Schillerstraße 5 und 7.
Rein. Laden [A 104]

I. und II. Etage.

Frauentee

Box 75 (1), abnehmbar. [L 1098

Wallstraße 4.

